

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 3. bis 6. Dezember 1990 in Paris

Während des zweiten Teils ihrer 36. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die die folgenden Themen betrafen:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

Politische Fragen

- Erster Teil des 36. Jahresberichtes des Rates der WEU: Ansprache des französischen Außenministers und amtierenden Vorsitzenden Roland Dumas

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 9), Prof. Dr. Soell (S. 10) und Frau Hoffmann (S. 10)

- Revision des modifizierten Brüsseler Vertrages: (a) Antwort auf den zweiten Teil des 34. Jahresberichtes und den 35. Jahresbericht des Rates (*Empfehlung* 490 – S. 8)
- Revision des modifizierten Brüsseler Vertrages: (b) Die WEU und die Europäische Gemeinschaft (*Empfehlung* 491 – S. 9)

Hierzu sprach Abg. Dr. Ahrens (S. 8)

- Die europäische Sicherheit und die Golfkrise (*Empfehlung* 492 – S. 14)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 12), Prof. Dr. Soell (S. 12) und Antretter (S. 13)

- Die Folgen der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa für die europäische Sicherheit (*Empfehlung* 495 – S. 23)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 20 u. 22) und Dr. Müller (S. 20)

- Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Willem van Eekelen

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 7) und Dr. Ahrens (S. 7)

Verteidigungsfragen

- Erster Teil des 36. Jahresberichtes des Rates der WEU: Ansprache des französischen Verteidigungsministers und amtierenden Vorsitzenden Jean-Pierre Chevènement
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 11), Antretter (S. 11) und Dr. Feldmann (S. 11)
- Die Folgen der Invasion Kuwaits: Fortführung der Operation im Golfgebiet (*Empfehlung 493* — S. 15)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 12), Prof. Dr. Soell (S. 12) und Antretter (S. 13)
- Ansprache des britischen Staatsministers für Beschaffung im Verteidigungsbereich, Alan Clark
- Ansprache des amerikanischen Unterstaatssekretärs für internationale Sicherheitsfragen, Reginald Bartholomew

Technologie und Raumfahrt

- KONVERSIYA — Die Konversion der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion (*Empfehlung 496* — S. 24)

Haushaltsfragen

- Haushaltsentwurf betr. die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1991
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 18) und Niegel (S. 19)
- Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1989 — Bericht des Rechnungsprüfers und Antrag auf Entlastung

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der WEU (*Empfehlung 494* — S. 17)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben.

Den Bericht des Rates der WEU trugen als amtierende Vorsitzende der französische Außenminister Roland Dumas sowie der französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement vor.

Zu der Versammlung sprachen weiterhin der britische Staatsminister für Beschaffung im Verteidigungsbereich, Alan Clark, und der

Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen. Die Ansprache des amerikanischen Unterstaatssekretärs für internationale Sicherheitsfragen, Reginald Bartholomew, wurde in dessen Abwesenheit vom amerikanischen Botschafter in Frankreich, Walter F. Curley, vorgetragen.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Norwegen, Polen, Jugoslawien, der Türkei und der UdSSR sowie eine Delegation des Europäischen Parlaments teil.

Schwerpunkte der Beratungen

Den Mittelpunkt der Beratungen der Versammlung bildeten die Golfkrise mit ihren Auswirkungen auf die europäische Sicherheit, die Veränderungen in Osteuropa sowie die Beziehungen der WEU zur Europäischen Gemeinschaft. In den Ansprachen des Präsidenten der Versammlung, Senator Robert Pontillon, und des Generalsekretärs der Westeuropäischen Union, Willem van Eekelen, standen diese Themenkomplexe ebenfalls im Vordergrund.

Präsident Pontillon hob in seiner Ansprache die wichtige Rolle der WEU bei der Koordinierung der im Zusammenhang mit der Golfkrise ergriffenen Maßnahmen der WEU-Mitgliedstaaten hervor. Die WEU sei die einzige europäische Institution, die diese Koordinationsfunktion im verteidigungs- und sicherheitspolitischen Bereich wirksam ausüben könne. Angesichts der politischen Veränderungen in Osteuropa unterstrich er die Bedeutung des KSZE-Gipfeltreffens in Paris und der dort unterzeichneten Charta, die ein erster Schritt auf dem Wege zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa sei. Im Hinblick auf eine mögliche Übertragung von Verteidigungskompetenzen auf die Europäische Gemeinschaft sprach er sich für eine weitere Stärkung der WEU als der allein zuständigen europäischen Institution in Verteidigungsfragen aus.

Generalsekretär van Eekelen befaßte sich in seiner Ansprache ebenfalls mit der Rolle der WEU bei der Koordinierung des gegen den Irak verhängten Handelsembargos und der Entsendung von Streitkräften der WEU-Mitgliedstaaten in die Golfregion. Auf die Zukunftsperspektiven des europäischen Sicherheitssystems eingehend unterstrich er, daß WEU und NATO auch weiterhin eine zentrale Rolle im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zukommen werde. Er sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Neubewertung des Verhältnisses der WEU zur NATO und zur Europäischen Gemeinschaft sowie für die Anpassung der NATO-Strukturen an die veränderte politische Situation in Europa aus. Abschließend unterstrich er die Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Schaffung einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa.

Der Bericht des Politischen Ausschusses zum Thema „Die europäische Sicherheit und die Golfkrise“, vorgelegt vom Abg. Armand de Decker (Belgien), sowie der Bericht des Verteidigungsausschusses

zum Thema „Die Folgen der Invasion Kuwaits: Fortführung der Operationen im Golfgebiet“, vorgelegt vom Abg. Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande), bildeten die Grundlage für die ausführliche Debatte der Versammlung über den Golfkonflikt. Die Versammlung war sich einig in der Verurteilung des Irak, der durch die Invasion Kuwaits und die Geiselnahme der im Irak befindlichen Ausländer das geltende internationale Recht verletzt habe. Die Golfkrise als erster internationaler Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges zeige in eindringlicher Weise die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen internationalen Friedensordnung. Während sich die Mehrheit der Parlamentarier für eine friedliche Lösung des Golfkonfliktes aussprach, aber dennoch ein militärisches Eingreifen als letztes Mittel zur Beilegung der Krise nicht ausschließen wollte, lehnten einige wenige Abgeordnete ein militärisches Vorgehen gegen den Irak grundsätzlich ab. Zahlreiche Delegierte sprachen die Befürchtung aus, daß ein Krieg unvermeidbar werde, wenn der Irak seine Truppen aus Kuwait nicht zurückziehe. Die Parlamentarier waren sich weitgehend darin einig, daß nach Beendigung der Golfkrise ein umfassender Friedensprozeß im Nahen Osten zur Lösung der Probleme im Libanon sowie des israelisch-palästinensischen Konflikts eingeleitet werden sollte.

In der Debatte über den Bericht des Politischen Ausschusses zum Thema „Die Folgen der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa für die europäische Sicherheit“, vorgelegt vom Abg. Georges Lemoine (Frankreich), wurde deutlich, daß zahlreiche Parlamentarier nach dem Ende des Ost-West-Konflikts neue Unsicherheit für Europa durch die politischen Veränderungen im Osten befürchteten. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere auf die Gefahr der politischen Instabilität hingewiesen, die sich aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation, den sozialen Spannungen sowie den ökologischen Problemen in den meisten der osteuropäischen Länder ergeben könnte. Angesichts der mit den Umwälzungen in Osteuropa verbundenen Risiken wurde von den Parlamentariern die Bedeutung des KSZE-Prozesses und die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa unterstrichen. In einem von den Delegierten angenommenen Änderungsantrag zum Bericht spricht sich die Versammlung für die Schaffung einer „Europäischen Versammlung“ nach dem Muster der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aus, um dem KSZE-Prozeß eine parlamentarische Dimension zu geben.

Der Bericht des britischen Abgeordneten Sir Geoffrey Finsberg zum Thema „Revision des modifizierten Brüsseler Vertrages: Die WEU und die Europäische Gemeinschaft“ sowie die sich daran anschließende Debatte machten deutlich, daß die Versammlung dem Vorschlag, der EG im Rahmen der angestrebten Politischen Union verteidigungs- und sicherheitspolitische Kompetenzen auf Kosten der WEU zu übertragen, mehrheitlich ablehnend gegenübersteht. Vielmehr sprachen sich die Delegierten für eine Fortsetzung der Reaktivierung der WEU aus. Die Golfkrise habe gezeigt, daß die WEU für die europäische Verteidigungspolitik un-

verzichtbar sei, um im Krisenfall ein Handeln außerhalb des Geltungsbereichs der NATO zu ermöglichen.

Auch in den Ansprachen der Regierungsvertreter standen die Golfkrise, die politischen Veränderungen in Osteuropa, der KSZE-Prozeß sowie die Schaffung einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung im Mittelpunkt. Der amtierende Vorsitzende des Ministerrates der WEU, der französische Außenminister Roland Dumas, legte der Versammlung die Beurteilung der aktuellen politischen Lage aus französischer Sicht dar. Im Zusammenhang mit der Golfkrise lobte er die Fähigkeit der WEU zu einer schnellen und koordinierten Reaktion sowie die gute Zusammenarbeit von Ministerrat und WEU-Versammlung. Angesichts der veränderten politischen Lage in Europa rief er die WEU-Versammlung dazu auf, einen aktiven Beitrag zur Diskussion über ein neues europäisches Sicherheitssystem zu leisten. Unter Hinweis auf die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses betonte er, daß die WEU über ihr Verhältnis zur KSZE, aber auch zur EG, die langfristig ebenfalls über verteidigungs- und sicherheitspolitische Kompetenzen verfügen werde, nachdenken müsse. Er sprach sich dafür aus, eine „besondere Verbindung“ zwischen WEU und EG herzustellen, um zu gewährleisten, daß sich beide Institutionen in Richtung auf das gleiche Ziel bewegten.

Der französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement hob die Bedeutung des KSZE-Gipfeltreffens von Paris als Symbol für das Ende des Kalten Krieges hervor. Er stellte fest, daß es sich bei der Golfkrise um die erste weltpolitische Herausforderung nach dem Aufbrechen der beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt handele. Angesichts der politischen Veränderungen in Osteuropa sowie der fortschreitenden europäischen Integration rief er die WEU-Versammlung auf, einen Beitrag zur Gestaltung der künftigen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung zu leisten. Der Verteidigungsminister sprach sich dabei für eine Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich sowie die Festigung der Beziehungen zu den USA und die Übernahme größerer Verantwortung der Europäer für ihre eigene Sicherheit aus. Er wies darauf hin, daß eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EG-Staaten jedoch vom politischen Willen zur europäischen Einigung abhängen.

In seiner Botschaft an die WEU-Versammlung ging der amerikanische Unterstaatssekretär für internationale Sicherheitsfragen, Reginald Bartholomew, auf die neuen politischen Herausforderungen durch den Golfkonflikt und den KSZE-Prozeß ein. Er sprach sich für die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung und einer neuen Sicherheitsstruktur in Europa aus. Er forderte die Europäer auf, zu einer weiteren Festigung der transatlantischen Beziehungen beizutragen und zugleich größere Verantwortung für ihre eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu übernehmen.

Der britische Staatsminister für Beschaffung im Verteidigungsbereich, Alan Clark, befaßte sich in erster Linie mit dem Verlauf der Golfkrise. Als unabdingbare Voraussetzung für eine friedliche Lösung des Golfkonflikts nannte er den vollständigen Rückzug der

irakischen Truppen und die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits. Er unterstrich im übrigen die wichtige Rolle der WEU bei der Koordinierung der von den Mitgliedstaaten ergriffenen politischen und militärischen Maßnahmen zum Golfkonflikt.

Bonn, den 23. Dezember 1990

Dr. Karl Ahrens

Sprecher der Delegation

Wilfried Böhm (Melsungen)

Stellvertretender Sprecher

Montag, 3. Dezember 1990

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Präsidenten der Versammlung,
Robert Pontillon (Frankreich)**

(Themen: Maßnahmen des Rates der WEU zur Golfkrise – Koordinationfunktion der WEU – Ergebnisse der KSZE-Gipfelkonferenz von Paris – Beitrag der WEU zur Institutionalisierung des KSZE-Prozesses – Verhältnis von WEU und EG in Sicherheits- und Verteidigungsfragen)

Tagesordnungspunkt:

**Bericht des Präsidialausschusses
der Versammlung**

(Drucksache 1252)

Berichterstatte:

Abg. Miguel Angel Martinez (Spanien)

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Generalsekretärs der WEU,
Willem van Eekelen (Niederlande)**

(Themen: Zukunftsperspektiven der europäischen Sicherheitspolitik – Verhältnis der WEU zu NATO und EG-Institutionelle Harmonisierung in Europa – Schaffung einer neuen internationalen Ordnung – Koordinationfunktion der WEU im Golfkonflikt – Bedeutung der KSZE-Charta von Paris – Rolle von NATO und WEU im zukünftigen europäischen Sicherheitssystem)

Dr. Scheer (SPD): Herr Generalsekretär, Sie haben in Ihrem Bericht über die Interventionskräfte gesprochen, die in der Zukunft notwendig sein werden. Die drei Fragen, die ich habe, stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang.

Die erste Frage: Warum sollen gerade jetzt, am Beginn der 90er Jahre, **Interventionskräfte** gebildet werden? Warum sind solche Streitkräfte jetzt angeblich notwendig, die in den letzten Jahrzehnten nicht notwendig waren, obwohl jetzt doch andere Friedens- und Entspannungsspielräume als in der Vergangenheit existieren?

Die zweite Frage: Wie wird dieser Weg, wenn er gegangen wird, als vereinbar betrachtet mit abrüstungspolitischen Zielen und mit der Zielsetzung, die politischen Probleme dadurch zu lösen, daß man die sozialen und politischen Ursachen auf friedlichem Wege zu beseitigen versucht, statt durch derartige Ansätze möglicherweise den Fehler zu machen, der – unter anderen Vorzeichen – in den letzten vier Jahrzehnten schon mehrmals gemacht wurde, den Fehler

nämlich, die Probleme erst zu schaffen, deren Beseitigung dann angeblich ein militärisches Potential erfordert?

Die dritte Frage: Wie begründet der Ministerrat der WEU „**Out of area**“-Einsätze der **Westeuropäischen Union** vor dem Hintergrund des WEU-Vertrages? Ich habe trotz mehrmaligem Durchlesens des WEU-Vertrages keine Stelle gefunden, die aus Text, Sinn und Ursprung des Gedankens der Westeuropäischen Union dazu legitimieren würde, Interventionsstreitkräfte im „**Out of area**“-Bereich zu bilden. Wie können Sie meine Vermutung widerlegen, daß es WEU-vertragswidrig wäre, so etwas zu tun?

Zur Frage der „**Out of area**“-Einsätze verweist der **Generalsekretär** auf Art. 8 des Brüsseler Vertrages, aus dem sich eine entsprechende Kompetenz der WEU ergebe. Im Gegensatz zur NATO sei die WEU nicht allein auf ihr Vertragsgebiet beschränkt. Es stelle sich vielmehr die Frage, welche der europäischen Sicherheitsinteressen im weltweiten Rahmen geschützt werden müßten. Der Generalsekretär befürwortet die Schaffung von Interventionsstreitkräften, um dank größerer Mobilität, Flexibilität und Übung Einsätze außerhalb Europas zu ermöglichen. Auf die Frage nach der Vereinbarkeit dieser Interventionsstreitkräfte mit den Abrüstungsbemühungen betont er, daß die Einbindung der westeuropäischen Streitkräfte in multinationale Verbände im Interesse der Stabilität und der Vertrauensbildung liege.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Generalsekretär, sicherlich hat jeder von uns die Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush, unmittelbar nach dem Ultimatsumbeschuß des Weltsicherheitsrates begrüßt, direkte Gespräche mit dem Irak anzubieten. Ich glaube, jeder von uns wünscht, daß es auf diese Weise möglich ist, zu einer politischen Lösung dieses schwierigen Problems zu kommen. Meine Fragen knüpfen an diese Vorbemerkungen an.

Die erste Frage: In welcher Weise ist die WEU oder sind diejenigen Staaten, die Streitkräfte in die Golfregion entsandt haben, an diesem Entschluß des amerikanischen Präsidenten beteiligt gewesen, hat es Konsultationen gegeben, oder, wenn nicht, in welcher Weise ist eine Information erfolgt?

Die zweite Frage: Sollen die Gespräche nach Konsultation oder unter Beteiligung der WEU oder jedenfalls derjenigen Staaten erfolgen, die Streitkräfte in die Golfregion entsandt haben?

In seiner Antwort betont der **Generalsekretär**, daß die Kontakte mit den Amerikanern sehr intensiv gewesen seien. Er sei allerdings über die jüngste Initiative der USA vorher nicht informiert worden. Der Generalsekretär begrüßt die Einladung des irakischen Außenministers zu Gesprächen nach Washington, die anschließend auf der Ebene der Botschafter der in der Golfregion engagierten Länder weitergeführt werden könnten.

Tagesordnungspunkt

Revision des modifizierten Brüsseler Vertrages:**(a) Antwort auf den zweiten Teil des 34. Jahresberichtes und den 35. Jahresbericht des Rates**

(Drucksache 1245)

Berichtersteller:

Sir Geoffrey Finsberg (Großbritannien)

Empfehlung 490

betr. die Revision des modifizierten Brüsseler Vertrags

1. a) Die Versammlung ist, nachdem sie den zweiten Teil des 34. Jahresberichts und den 35. Jahresbericht des Rates zur Kenntnis genommen hat, der Auffassung, daß es sich hierbei um Verwaltungsdokumente handelt, die keine wirklichen Informationen über die Tätigkeiten des Rates der WEU enthalten.
- b) Sie begrüßt es jedoch, daß sie in den Jahren 1988, 1989 und 1990 ausführlichere Informationen von den amtierenden Ratspräsidenten des Vereinigten Königreichs, Belgiens und Frankreichs sowie von den Generalsekretären erhalten hat, insbesondere durch deren Schreiben an den Präsidenten der Versammlung.
- c) Sie billigt daher den zweiten Teil des 34. und den 35. Jahresbericht des Rates.
- d) Sie beabsichtigt, dem Vorschlag des Generalsekretärs nachzukommen und sich soweit erforderlich an ihre Ausschüsse zu wenden.
- e) Sie empfiehlt dem Rat nachdrücklich, der Versammlung genauere und konstruktivere Mitteilungen zukommen zu lassen, insbesondere in seinen Antworten auf Empfehlungen und schriftliche Fragen, die von Parlamentariern vorgelegt wurden.
- f) Sie empfiehlt dem Rat auch, sie soweit wie möglich über die aus den Berichten der Besonderen Arbeitsgruppe, der Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien und der Untergruppen gezogenen Schlußfolgerungen zu informieren, soweit zwischen der Arbeit dieser Gruppen und den Tagesordnungen der Sitzungen der Versammlung ein Zusammenhang besteht.
2. a) Die Versammlung hat festgestellt, daß der Rat begonnen hat, die Bedingungen für eine Revision des Vertrags zu prüfen, die durch den Beitritt Portugals und Spaniens zur WEU notwendig geworden ist.
- b) Sie ist der Ansicht, daß die Ereignisse in der Golfregion, im Rahmen der KSZE sowie in Ost- und Mitteleuropa in den Jahren 1989 und 1990 eine noch eingehendere Prüfung der Bedingungen für eine derartige Revision notwendig gemacht haben.
- c) Sie schlägt vor, die aufgrund dieser Revision entstandenen Fragen rechtzeitig zu prüfen.

- d) Zu diesem Zeitpunkt schlägt sie jedoch im Hinblick auf Artikel IX des Vertrages vor, daß der Rat folgenden Wortlaut verabschiedet:

„Der Rat der Westeuropäischen Union erstattet einer Versammlung, die aus Vertretern der Brüsseler Vertragsmächte besteht, die nach den gleichen Kriterien wie die Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ernannt werden, jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit.“

Ebenso wäre es nützlich, wenn die nationalen Regierungen in ähnlicher Weise ihren jeweiligen Parlamenten Bericht erstatten würden.

Tagesordnungspunkt:

Revision des modifizierten Brüsseler Vertrages:**(b) Die WEU und die Europäische Gemeinschaft**

(Drucksache 1250)

Berichtersteller:

Sir Geoffrey Finsberg (Großbritannien)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich möchte nur einige wenige Bemerkungen machen. Die **Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und der WEU** beschäftigen diese Versammlung schon seit langem. Ich kann mich daran erinnern, daß wir bereits vor 17 oder 18 Jahren hier im Saal über diese Frage diskutiert haben. Diese Fragen haben bereits nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments eine besondere Dringlichkeit bekommen, als Kollegen des Europäischen Parlaments auf den Impetus dieser direkten Wahl hin über alles und jedes glaubten nicht nur sprechen, sondern auch entscheiden zu können. Wir haben uns seit dieser Zeit mit diesem Thema beschäftigt. Es hat sich eigentlich seitdem nichts geändert.

Wenn wir heute die WEU auflösen wollten, würde das zweierlei bedeuten.

Erstens. Wir würden damit den europäischen Pfeiler der NATO zerstören. Ich denke, keine andere Organisation könnte diese Aufgaben der Bündelung der europäischen Auffassungen und Meinungen auch gegenüber unseren nordamerikanischen Partnern übernehmen. Das wäre deshalb besonders mißlich — darauf hat unser Kollege Soares Costa hingewiesen, und er hat recht —, weil sich auch die NATO in einem Stadium der Umwandlung befindet und weil es nach meiner Auffassung völlig indiskutabel und inakzeptabel wäre, wenn bei dieser Diskussion die Stimme Europas fehlen würde.

Zweitens. Die Fragen, die wir hier diskutieren, würden, wenn wir die WEU auflösten, nicht auf eine andere Organisation übergehen, sondern dann wieder an unsere nationalen Parlamente zurückfallen. Das würde eine Renationalisierung der Verteidigungspolitik in Europa bedeuten. Ich glaube, auch das wäre von großem Schaden. Jede Diskussion darüber müßte im Augenblick zu einem klaren **Nein gegenüber der**

Forderung führen, die **WEU auflösen** oder ihre Restrukturierung und Revitalisierung zu verhindern.

Auch dieser Bericht ist, wie jeder Bericht, nur eine Momentaufnahme. Er kann nur die Diskussionen zusammenfassen, die im Augenblick hier und heute geführt werden können. Deshalb sind alle Überlegungen, was wohl in fünf oder zehn Jahren sein könnte, nicht Inhalt dieses Berichts. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Das haben wir auch im Ausschuß so gesehen. Wir haben gesagt, was später einmal kommt, das können wir heute nicht wissen, und darüber können wir heute nichts sagen. Nach meiner persönlichen Überzeugung — da teile ich den Optimismus meines Kollegen Pieter Stoffelen — wird die **Europäische Union** trotz aller Schwierigkeiten kommen, und wenn sie stark genug ist, wird sie die **wichtige Aufgabe einer europäischen Verteidigungspolitik mit übernehmen**, aber noch nicht heute. Bis dahin brauchen wir die Westeuropäische Union. Wie wir sie gestern und vorgestern gebraucht haben, so brauchen wir sie auch heute und auch morgen, jedenfalls in einem Zeitraum, den wir übersehen können. Das ist der Inhalt, das ist die Grundlage dieses Berichts.

Ich darf mich im Namen des Ausschusses herzlich bedanken bei unserem Berichtersteller, Sir Geoffrey Finsberg, und insbesondere bei Herrn Burgelin, die hervorragend zusammengearbeitet haben. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses bedanken, die an dieser Diskussion sehr rege teilgenommen haben, und auch bei Ihnen allen hier, die Sie sich an der Diskussion beteiligt haben oder die Sie jedenfalls durch Ihre Anwesenheit und Ihr langes Ausharren Ihr Interesse an dieser Diskussion bekundet haben.

Ich bitte, diesen Bericht anzunehmen.

Empfehlung 491

betr. die WEU und die Europäische Gemeinschaft

1. Die Versammlung ist die einzige parlamentarische Versammlung, die befugt ist, sich mit der Durchführung des modifizierten Brüsseler Vertrages zu befassen, und sie bedauert, daß der Rat sie, ungeachtet dieser Tatsache, nicht über wichtige, von einem Mitgliedsland gemachte Vorschläge über die Vereinigung der WEU mit der Europäischen Gemeinschaft informiert hat.
2. Sie stellt fest, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaften die Aufnahme des Artikels V des modifizierten Brüsseler Vertrages in den Vertrag von Rom erwägt, wodurch er von den anderen Vertragsbestimmungen losgelöst würde, obgleich diese eine wesentliche Ergänzung dazu darstellen, besonders was die Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern und der NATO betrifft.
3. Sie stellt ferner fest, daß eine vom Europäischen Parlament angenommene Entschließung den Vorschlag enthält, die Reaktivierung der WEU zu beenden, um ihre Integration in die Gemeinschaft zu ermöglichen, obwohl sich einige Mitgliedsländer der EG der Entwicklung eines europäischen Verteidigungskonzepts weiterhin widersetzen.
4. Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese verschiedenen Maßnahmen im Falle ihrer Durchführung zu einer Schwächung des Atlantischen Bündnisses führen würden, ebenso wie der Fähigkeit Europas, in internationalen Angelegenheiten eine tragende Rolle zu spielen.
5. Sie empfiehlt deshalb dem Rat, die Reaktivierung der WEU fortzusetzen, um Europa in die Lage zu versetzen, wirksamer an der NATO mitzuwirken und ihm die Mittel an die Hand zu geben, in allen Fällen, in denen die Sicherheit Europas bedroht ist, wirksamer zu handeln.
6. Sie empfiehlt dem Rat ferner, ohne eine vorherige Konsultation der Versammlung keine Beschlüsse zu fassen, die den modifizierten Brüsseler Vertrag in Frage stellen.

Dienstag, 4. Dezember 1990

Tagesordnungspunkt:

Erster Teil des 36. Jahresberichtes des Rates der WEU:

Ansprache des französischen Außenministers und amtierenden Vorsitzenden Roland Dumas

(Themen: Prioritäten der französischen WEU-Präsidenschaft — Koordinationsfunktion der WEU im Golfkonflikt — Kompetenz der WEU in Verteidigungsfragen — Beitrag der WEU zur Debatte über künftiges europäisches Sicherheitssystem — Verhältnis der WEU zu NATO und EG — Bedeutung der KSZE-Charta von Paris — Anpassung der NATO an veränderte politische Situation — Übertragung von Verteidigungskompetenzen an die EG)

Dr. Scheer (SPD): Herr Minister, ich habe eine **Frage zur französischen Position in den künftigen Abrüstungsverhandlungen**. Wir alle wissen, daß die französische Regierung sich bisher an den atomaren Abrüstungsverhandlungen in Europa nicht beteiligen wollte und nicht beteiligt hat. Ich will gleich vorausschicken, daß eine Berücksichtigung französischer Atompotentiale ohne Beteiligung Frankreichs prinzipiell nicht akzeptabel und richtig wäre. Aber eine aktive Beteiligung Frankreichs scheint mir doch angesichts der grundlegenden Veränderungen gerade für die Zukunft unerlässlich zu sein.

Es gab in den 70er Jahren, bis in die 80er Jahre hinein französische Bedingungen, ab wann und unter welchen Voraussetzungen man sich beteiligen könnte. Nun haben wir eine grundlegende Veränderung der Ost-West-Verhältnisse in Europa, und die meisten der damals gestellten Bedingungen sind eigentlich sogar übertroffen worden. Es stellt sich daher die Frage, ab wann und unter welchen Voraussetzungen die franzö-

sische Regierung aktiver Teilnehmer an atomaren Abrüstungsverhandlungen nicht allein in bezug auf Europa, sondern generell sein wird. Dies scheint für die Zukunft sehr wichtig.

Die zweite Frage, die ich stelle, bezieht sich auf den aktuellen **Golfkonflikt**. Warum ist Ihrer Meinung nach in den vergangenen Wochen nicht die Position präferiert worden, noch sehr viel länger ohne Ultimatum auf die Wirkung des Embargos zu setzen? Warum wird, aus Ihrer Sicht der Diskussionen auf der internationalen Ebene — ich beziehe mich also nicht nur auf den französischen Standpunkt, sondern auf Ihr Urteil, das ich gern hören würde —, nicht sehr viel mehr über die Konsequenzen eines möglicherweise übereilten Krieges aus europäischer Sicht, also über Konsequenzen für die europäischen Interessen, und über die Folgen eines solchen Krieges allgemein gesprochen? Ich glaube, daß hier eine besondere europäische Betrachtung notwendig ist.

*In seiner Antwort hebt der **französische Außenminister** hervor, daß Frankreich bereits 1983 seine Bedingungen für die Teilnahme an Verhandlungen über atomare Abrüstung genannt habe. Angesichts des besonderen Charakters der französischen Atomstreitmacht sowie der atomaren Überlegenheit der UdSSR werde Frankreich seine Haltung in dieser Frage von den Ergebnissen der Verhandlungen über strategische Waffen abhängig machen. Unter Hinweis auf die jüngste UN-Resolution zur Golfkrise betont der französische Außenminister, daß sich Frankreich für den 15. Januar 1991 als Frist ausgesprochen habe, um die weiteren Auswirkungen des Handelsembargos gegen den Irak abzuwarten. Die französische Regierung hoffe, daß die letzte UN-Resolution den Irak zum Einlenken bewege und eine friedliche Lösung der Golfkrise ermögliche.*

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Minister, es ist immer problematisch, wenn man sich auf Experten beruft. Sie haben sich darauf berufen, daß nach dem Urteil von Experten ein Embargo nach fünf bis sechs Monaten praktisch wirksam sein würde. Es gibt andere Experten, darunter der frühere amerikanische Verteidigungsminister McNamara, die gesagt haben, nach 12 bis 18 Monaten seien Sanktionen wie ein Embargo am wirksamsten. Insbesondere unter den Bedingungen des Wüstenklimas würden die sensitiven Teile der Waffensysteme ohne Nachlieferungen von Ersatzteilen für den Irak nur noch die Hälfte wert sein. Dadurch würde — selbst wenn ein militärischer Konflikt notwendig wäre — die Feuerkraft der irakischen Waffensysteme sehr viel weniger wirksam werden. Das heißt, auch in diesem Fall muß man genau abwägen und sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen.

Ich will dieser Bemerkung eine Frage hinzufügen, die sich auf die Debatte über die **künftige Rolle der Westeuropäischen Union** konzentriert: Wir haben einen **Vorschlag** aus den Reihen der **Brüsseler Kommission**, bei den künftigen Veränderungen der Römischen Verträge in Richtung auf eine politische Union einen **Artikel über eine gemeinsame Sicherheitspolitik** einzufügen. Dabei wird auf Art. 5 des geänderten Brüsseler Vertrages zurückgegriffen, der eine automatische Bündnisverpflichtung vorsieht. Was halten Sie von diesem Vorschlag? Ist da nicht auch

eine Änderung der Institutionen in der Richtung notwendig, daß es dann einen Einfluß der nationalen Parlamente, die heute die einzigen sind, die Kontrollrechte über die Sicherheitspolitik ihrer Länder haben, auf europäischer Ebene, etwa in der Form einer zweiten Kammer oder eines Senats, geben muß?

Schönen Dank.

*Zur Frage der Glaubwürdigkeit von Expertenmeinungen merkt der **französische Außenminister** an, daß es zu fast jedem Thema unterschiedliche Auffassungen von Experten gebe. Nach Einschätzung des überwiegenden Teils der Experten sei jedoch davon auszugehen, daß das Handelsembargo gegen den Irak innerhalb von sechs Monaten bereits ernste Auswirkungen haben werde. Auf die Frage nach der Rolle der WEU im Hinblick auf die angestrebte Europäische Union, die nach dem Vorschlag der EG auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik beinhalten sollte, antwortet der französische Außenminister, daß der Art. 5 des Brüsseler Vertrages weiterhin Gültigkeit habe. Die Schwierigkeit liege nicht in der Gültigkeit, sondern in der Umsetzung des Art. 5 in der gegenwärtigen Situation.*

Frau Hoffmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Herr Minister! Ich habe eine Frage und möchte zu einem zweiten Bereich eine Bemerkung machen.

Sie sprachen davon, daß jetzt der Aggressor Saddam Hussein durch die verschiedenen Maßnahmen möglichst dazu gebracht werden muß — das ist unser gemeinsames Ziel —, zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Selbstverständlich! Meines Erachtens ist aber bisher viel zu wenig eine sehr subtile Frage erörtert worden, über die sicher international und auch bei Ihnen nachgedacht wird: Dieser Aggressor Saddam Hussein wird in absehbarer Zeit vielleicht biologische und wahrscheinlich auch atomare Waffen haben. Ist es nicht nötig, das bei dieser **Friedenskonferenz** schon mit zu berücksichtigen, um vorzusorgen, damit nicht in zwei, drei oder vier Jahren eine weitaus größere Gefahr von diesem Aggressor auf uns zukommt?

Sie haben bereits eine Antwort gegeben, Herr Minister, die ich mit einer kurzen Bemerkung nur noch einmal bestätigen möchte. Ich halte es für unabdingbar notwendig, daß sich eine internationale Konferenz mit den übrigen Kratern eines Vulkans befaßt, der in dieser turbulenten Zone, wie Sie sie genannt haben, schon seit Jahren besteht. Nach diesen Verhandlungen muß es zu Gesprächen **über die Problematik des Libanon, über den israelisch-palästinensischen Konflikt** und anderes kommen.

Wenn wir diese beiden Punkte — auf der einen Seite die Gefahr, die von Saddam Hussein ausgeht, mit den möglichen zukünftigen Entwicklungen und auf der anderen Seite die Entwicklung in der gesamten Region — nicht gemeinsam angehen, werden wir nicht zu einer langfristigen Friedensregelung kommen können.

*Der **französische Außenminister** unterstreicht in seiner Antwort, daß die Konzentration von Waffen im Nahen Osten insbesondere in der Golfregion, Anlaß*

zur Besorgnis gebe. Dies sei eines der zahlreichen Probleme, das nach dem Ende der Golfkrise gelöst werden müsse. Der französische Außenminister unterstützt die Idee einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz, die nach dem Ende des Golfkonflikts die Probleme der Region behandeln sollte. In diesem Zusammenhang nennt er die Entwaffnung der Milizen im Libanon, den Rückzug der syrischen und israelischen Truppen aus dem Libanon sowie die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Diese internationale Konferenz müsse im Zeichen der Achtung der Menschenrechte und der Rückkehr zur Demokratie stehen.

Tagesordnungspunkt:

Erster Teil des 36. Jahresberichtes des Rates der WEU:

Ansprache des französischen Verteidigungs- ministers und amtierenden Vorsitzenden Jean-Pierre Chevènement

(Themen: Bedeutung des KSZE-Gipfeltreffens in Paris — Beitrag der WEU zur zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur — Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich — Stärkung der Allianz und der transatlantischen Beziehungen — Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EG-Mitgliedsländer — Rolle der WEU im Rahmen eines neuen europäischen Sicherheitssystems)

Dr. Scheer (SPD): Herr Minister, ich habe die Frage, ob Ihre Regierung bei der Erörterung der Probleme im Golf an die Frage gedacht hat, ob nicht der Zeitdruck, der gegenwärtig diskutiert wird, möglicherweise nur dadurch zustande kommt, daß man gegenwärtig einen schon überdimensionierten Truppenaufmarsch im Golf praktiziert hat, der täglich viel Geld kostet und der möglicherweise, wenn im Frühjahr die Wüstenstürme beginnen, zu sehr die Physis der Soldaten und der Waffen strapaziert. Könnte es also sein, daß der Zeitdruck allein darin begründet liegt und nicht in der Frage, ob das Embargo funktioniert? Denn auf die **Wirkung des Embargos** könnte man ja länger setzen als unbedingt nur bis zum 15. Januar. Da wir gehört und gelesen haben, daß in der französischen Regierung die Frage durchaus differenziert erörtert worden ist — differenzierter, als es in manchen anderen Ländern der Fall war —, würde ich gern von Ihnen hören, wenn es Ihnen möglich ist, welche Erörterungen differenzierender Art bei Ihnen erfolgt sind.

Der **französische Verteidigungsminister** betont in seiner Antwort, daß nach der Invasion Kuwaits die Strategie des Embargos gegen den Irak verfolgt werde und die Entsendung von Truppen in die Golfregion deshalb in erster Linie Verteidigungszwecken diene. Angesichts der jüngsten UN-Resolution, die nach dem

15. Januar 1991 weitere notwendige Maßnahmen gegen den Irak zulasse, müsse nun Irak den ersten Schritt tun. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Haltung des französischen Staatspräsidenten, der sich dafür ausgesprochen habe, nach dem Rückzug des Irak aus Kuwait und der Freilassung aller Geiseln die politischen und militärischen Probleme der Nahost-Region im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz zu beraten. Der Verteidigungsminister unterstreicht, daß nur im Wege des Dialoges ein Krieg mit seinen verheerenden Auswirkungen vermieden werden könne.

Antretter (SPD): Herr Minister, ich möchte mir erlauben, eine Frage jenseits des Golfthemas an Sie zu richten. Wir werden übermorgen hier in der Parlamentarischen Versammlung den Bericht unseres Kollegen Nic Tummers erörtern, der sich mit Rüstungskonversion in der Sowjetunion befaßt. Herr Kollege Tummers hat sich seit vielen Jahren erfolgreich um die Beziehungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung und der UdSSR bemüht.

Vor dem Hintergrund dieses Themas möchte ich Sie fragen, ob Sie sich vorstellen können, daß Sie auch für unseren Teil Europas — in der WEU, aber auch in Ihrem Land — Initiativen unterstützen, die ähnliche Bestrebungen fördern, wie wir sie jetzt im Sinne einer **Rüstungskonversion** in der Sowjetunion für gut halten.

Zur Frage der Konversion der westeuropäischen Rüstungsindustrie führt der **französische Verteidigungsminister** aus, daß zunächst die Beseitigung der bestehenden militärischen Ungleichgewichte sichergestellt werden müsse. In diesem Zusammenhang führt er als Beispiel die zahlenmäßige Überlegenheit der UdSSR gegenüber Westeuropa bei den Panzern an. Der Verteidigungsminister spricht sich für eine koordinierte, methodische und gleichzeitige Reduzierung von Waffen in Ost und West aus, um Ungleichgewichte und Spannungen zu vermeiden. Bei der Festlegung niedrigerer Obergrenzen für Rüstungsgüter gelte in jedem Fall, daß die Sicherheit dadurch nicht gefährdet werden dürfe.

Dr. Feldmann (FDP): Herr Minister, können Sie sich vorstellen, daß die französische Regierung die Golfkrise zum Anlaß nehmen könnte, ihre **Rüstungsexportpolitik** zu überprüfen, und sehen Sie eine Chance für eine gemeinsame restriktive europäische Waffenexportpolitik?

Auf die Frage nach der Rüstungsexportpolitik seines Landes antwortet der **französische Verteidigungsminister**, daß die französischen Rüstungsexporte genehmigungspflichtig seien. Frankreich sei im übrigen nicht das einzige Land, daß Waffen in die Golfregion exportiert habe. Die französischen Waffenlieferungen an den Irak seien auf Verlangen der Golfstaaten und mit dem Einverständnis der westlichen Länder erfolgt. Der Verteidigungsminister weist außerdem auf die politische Fehleinschätzung des Irak als Element der Stabilität gegenüber dem islamischen Fundamentalismus im Iran hin, die die Waffenlieferungen in diesem Umfang erst möglich gemacht habe.

**Dienstag, 4. Dezember 1990 und
Mittwoch, 5. Dezember 1990**

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Sicherheit und die Golfkrise

(Drucksache 1244 und Addendum)

Berichterstatter:

Abg. Armand de Decker (Belgien)

sowie

**Die Folgen der Invasion Kuwaits:
Fortführung der Operationen im Golfgebiet**

(Drucksache 1248 und Addendum)

Berichterstatter:

Abg. Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande)

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Ich muß sagen, daß ich im Gegensatz zu meinen beiden Vorrednern mit den Schwerpunkten der Empfehlung nicht einverstanden bin. Ich möchte für eine strikt **friedliche Lösung statt einer militärischen Lösung am Golf** plädieren. Dabei braucht mich niemand — das will ich gleich am Anfang sagen — bei der Einschätzung von Saddam Hussein zu belehren. Vor zwei Jahren, nachdem Saddam Hussein chemische Waffen eingesetzt und internationales Recht und Menschenrechte verletzt hatte, nachdem er, nicht zum ersten Mal, eine Aggressionshandlung vorgenommen hatte, habe ich für meine Partei internationale Maßnahmen einschließlich eines Embargos und seine Verurteilung als Kriegsverbrecher gefordert. Damals ist leider überhaupt nicht politisch reagiert worden, sondern es sind unsere Regierungen, die ihn weiter ausgerüstet haben und die jetzt mitverantwortlich sind für den Zustand, der dort unten existiert. Es gibt gar keinen Weg daran vorbei, dies zu erkennen. Das bedeutet aber auch, daß wir eine politische Verpflichtung gegenüber unseren eigenen Bevölkerungen haben, eine strikt friedliche Lösung zu versuchen, damit nicht unsere Menschen mit Waffen erschossen werden, die unsere Regierungen vorher an den Irak geliefert haben.

Aber das ist nicht der einzige Grund, der gegen einen militärischen Weg spricht. Es ist absurd — um es ganz deutlich zu sagen —, nicht **auf die Wirkung des Embargos zu setzen**. Angesichts der Konsequenzen eines militärischen Weges spielt es dabei überhaupt keine Rolle, ob dieses Embargo noch sechs oder neun oder zwölf Monate dauert. Wenn man sich die Verhältnisse anschaut, ist offenkundig, daß das Embargo nur funktionieren kann. Irak hat die Hälfte der Wirtschaftskraft von Belgien und 17 Millionen Einwohner, und dagegen steht eine Staatengemeinschaft, die mit der UNO dieses Embargo macht. Wenn man darauf nicht vertraut, ist das ein Zeichen politischer Schwäche und nichts anderes.

Die **Konsequenzen eines Krieges** sind handgreiflich: Brennende Ölfelder würden die **Gefahr einer ökologischen Katastrophe** heraufbeschwören, die bisher kein Beispiel hat, eine drastische Verknappung der weltweiten Erdölangebote hätte eine dramatische

Preissteigerung zur Folge, der gegenüber die Preissteigerungen in den 70er Jahren eine harmlose Angelegenheit waren, und demzufolge wüchse die **Gefahr einer Weltwirtschaftskrise** und eines Totalkollapses der Dritten Welt, die dann die steigenden Ölrechnungen mit absoluter Sicherheit nicht mehr bezahlen könnte, nachdem sie nicht einmal die Rechnungen bezahlen konnte, die in den Ölkrisen der 70er Jahre entstanden waren. Auch die Konsequenzen im gesamten arabischen Raum wären unübersehbar. Jeder Versuch einer politischen Konfliktlösung der Palästinafrage und anderer Probleme, das gesamte Verhältnis Europas zu der neuen arabischen Identität, die heute als „islamischer Fundamentalismus“ bezeichnet wird, alles dies kann für lange Dauer kaputtgehen. Ein Krieg führt nur zu mehr Spannungen.

Jeder Versuch, militärische Konfliktlösungen bei Problemen vorzuziehen, die nur politisch gelöst werden können und die in den letzten Jahren nicht ausreichend und adäquat gelöst worden sind, kann nur in die Irre führen. Deswegen muß man und werde ich — zusammen mit anderen — gegen jeden Versuch stimmen, statt des Embargos eine militärische Lösung zu suchen.

Der zweite Punkt: Es ist aus den WEU-Verträgen nicht herauslesbar, woraus die Legitimation der WEU gewonnen werden soll, künftig „**Out of area**“-Aktionen durchzuführen. Die WEU bezieht sich auf die Verteidigung in Europa. Natürlich muß sich die WEU für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Fragen der Sicherheit auch andernorts interessieren. Dies mit der Bildung einer militärischen Truppe zu beantworten, bedeutet aber eine Umfunktionierung der Bestimmungen der Westeuropäischen Union und wäre genauso falsch, wie dies von mir vorhin bereits zu dem aktuellen Anlaß am Golf zum Ausdruck gebracht wurde. Dies ist der falsche Weg.

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Präsident! Der Versuch der beiden Berichterstatter, die Probleme am Golf möglichst umfassend in den Blick zu nehmen, verdient unseren besonderen Dank, und die Anstrengung, sich vor Ort zu informieren, verdient einen zusätzlichen Dank.

Bei der Analyse im einzelnen fällt zunächst auf, daß die Skepsis gegenüber den **Wirkungen des Embargos** etwas zu groß ist. Ich habe heute morgen in der Debatte mit dem französischen Außenminister Dumast betont, wie nicht nur McNamara, sondern fast alle früheren amerikanischen Verteidigungsminister bis hin zu Weinberger und Carlucci gesagt haben, das Embargo müsse Zeit haben, um richtig wirken zu können, und zwar auch bei den Ersatzteilen für Waffensysteme, die jetzt im Wüstenklima einem großen Verschleiß ausgesetzt sind.

Die Kritik an Jordanien im Bericht des Kollegen de Decker scheint mir doch etwas unberechtigt zu sein. Jordanien leidet sehr unter dem Embargo. Der jordanische König, der schon vor Ausbruch der Golfkrise in den letzten Monaten erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten hatte, hat sich um die Durchsetzung dieses Embargos bemüht. Deshalb fand ich es nicht sehr klug von der amerikanischen Diplomatie, bei dem Besuch von Präsident Bush und Außenminister

Baker in der Region den jordanischen König zu übergehen.

Der Kollege de Decker sprach davon, daß die Golfregion für Europa von vitalerer Bedeutung sei als für die USA. Was die unmittelbaren wirtschaftlichen **Abhängigkeiten** angeht, meine ich, sind die Japaner am abhängigsten **von dem Öl aus der Golfregion**. Aber auch die Amerikaner sind in hohem Maße abhängig. Sie verbrauchen 30 % der Weltölproduktion. Davon produzieren sie nur die Hälfte im eigenen Land, und sie importieren inzwischen mehr als die Hälfte ihres Verbrauchs, obwohl sie nur etwa 5 % der Weltbevölkerung darstellen.

Vitaler für Europa ist etwas anderes, nämlich die Tatsache, daß wir sehr stark abhängig davon sind und noch stärker sein werden, ob sich bestimmte fundamentalistische Strömungen durchsetzen oder ob die vernünftigen Teile der arabischen Welt, der Parteien, der politischen Klassen, der Kulturschaffenden dort, nach wie vor bereit sind, einen europäisch-arabischen Dialog zu führen, der ja in weiten Teilen noch gar nicht begonnen hat. Wir haben wirklich das Interesse, daß dieser Dialog so friedlich wie möglich verläuft. Man braucht nur an Probleme zu denken wie den Bevölkerungsdruck am Südrand des Mittelmeeres. Wir haben kein Interesse, daß es hier zu kriegesischen Verwicklungen kommt, auch wenn diese aufgrund der Einstellung von Saddam Hussein vielleicht nicht zu verhindern sind.

Ich möchte noch kurz zwei Punkte ansprechen. Der erste ist das **Problem der Nuklearwaffen und der chemischen Waffen**. Man kann dieses Problem nicht allein in bezug auf den Irak ansprechen. Hier zeigt sich deutlich, daß das Regime der Nonproliferation gerade am Golf, aber auch im Nahen und Mittleren Osten insgesamt, versagt hat, weil es dort natürlich Nuklearmächte gibt, die sich an die **Bestimmungen des Nonproliferationsvertrages** in keiner Weise gehalten haben. Das gilt eben nicht nur für den Irak, sondern auch für Israel. Deswegen der Anspruch nicht nur des Irak, sondern auch Libyens, andere Waffen zu produzieren, die weniger aufwendig sind und auch eine Art Abschreckung gegenüber Israel sein sollen.

Ein letzter Punkt: Außenminister Dumas hat gesagt, die Europäer sollten nicht die Rolle eines Weltpolizisten spielen.

Die Forderungen in dem Bericht und in der Resolution, wir müßten eine ständige Gruppe der Stabschefs zur Vorbereitung eventueller koordinierter Operationen auch außerhalb der Golfkrise haben, halte ich so lange nicht für richtig, als es nicht gelungen ist, im Rahmen der Vereinten Nationen — und die Vereinten Nationen werden in fast allen Artikeln des WEU-Vertrages als die wichtigste Bezugsinstitution angesprochen — das zu installieren, was in Artikel 43 gefordert ist, nämlich einen Generalstab unter dem Dach der Vereinten Nationen und ein Regelwerk für die operative Seite der Tätigkeit dieses Generalstabes einzurichten. Solange dies nicht erreicht worden ist, sind alle Unternehmungen in dieser Richtung, die auf die

Vereinten Nationen zielen, jedenfalls zu unterstützen. Separate europäische Anstrengungen dieser Art, einen permanenten Generalstab zu bilden, sind falsch.

Antretter (SPD): Herr Präsident! Nach dem jüngsten Beschluß des Weltsicherheitsrats bleibt nur noch wenig Zeit für eine friedliche Lösung des Konflikts am Golf. Zum ersten Mal in der Geschichte der UNO hat der Weltsicherheitsrat nahezu einmütig die kriegerische Annexion eines Mitgliedstaates verurteilt und den bedingungslosen Rückzug des Irak aus Kuwait verlangt.

Daß die Vereinten Nationen in der Golfkrise zum ersten Mal die in der UNO-Charta vorgesehenen Maßnahmen bei Friedensbruch und Angriffshandlungen zur Anwendung bringen, ist von herausragender historischer Bedeutung. Im revidierten Brüsseler Vertrag heißt es ausdrücklich, daß der Vertrag nicht so ausgelegt werden darf, als — ich zitiere wörtlich — „berühre er in irgendeiner Weise die dem Sicherheitsrat auf Grund der UNO-Charta zustehende Befugnis und Verantwortlichkeit“ für die internationale Sicherheit.

Insofern zeigt der unserer Organisation zugrundeliegende Vertrag die **Grenzen einer europäischen Koordination der in der Golfregion operierenden Streitkräfte** auf. Nach Beendigung des Kalten Krieges muß jetzt alles daran gesetzt werden, daß nicht neue Frontstellungen die internationalen Beziehungen vergiften. Deshalb ist es von herausragender Bedeutung, daß die **friedenssichernden Maßnahmen in der Golfregion auf einem Mandat der UNO** beruhen.

Wir dürfen uns nicht in eine Situation hineintreiben lassen, in der wir nur noch die Alternative einer Flucht nach vorn in den Krieg oder die Alternative eines demütigenden Rückzuges haben. Das hat nichts mit Leisetreterei oder einer Beschwichtigungspolitik zu tun. Vergessen wir nicht, daß zwei unserer Mitgliedstaaten, Frankreich und Großbritannien, im Oktober 1956 während der Intervention am Suez-Kanal zum Opfer einer Vorstellung geworden sind, die darin bestand, unter keinen Umständen ein neues München aufkommen zu lassen. Die Folgen dieses Denkens sind bekannt.

Deshalb muß jetzt alles daran gesetzt werden, unter europäischer Beteiligung die letzten **Chancen für eine innerarabische Friedenslösung** auszuloten. Ich begrüße deshalb die Äußerung des französischen Außenministers, in diesem Sinne in Bagdad initiativ zu werden. Denn auch wenn die Chancen einer innerarabischen Friedenslösung nach den gescheiterten Initiativen Marokkos gering sind, noch besteht für die in der WEU oder in der EG zusammengeschlossenen Staaten die Zeit, Möglichkeiten für eine solche Friedenslösung zu sondieren.

Zeigt nicht die im Rahmen der KSZE getroffene Vereinbarung zur Rüstungsbegrenzung, Konfliktverhütung und internationalen Überwachung den Weg für eine regionale Friedensregelung auf? Liegt es nicht jetzt an den Europäern, durch eine **koordinierte Überwachung der Rüstungsexporte und Waffenlieferungen** zu zeigen, daß sie bereit sind, die Verantwortung für die Sicherheit in der Region zu übernehmen?

rungen in den Nahen Osten dafür zu sorgen, daß nicht eines Tages andere Staaten dem Vorbild des Irak folgen und ihren Machtgelüsten mit einer durch europäische Waffenlieferungen geradezu ermunterten Aufrüstung Ausdruck verleihen?

Statt militärische Sandkastenspiele über eine europäische Kreuzfahrerflotte anzustellen, wie an einigen Stellen des ansonsten ausgewogenen de-Decker-Berichtes, sollten wir als Versammlung den Generalsekretär auffordern, eine Initiative zu ergreifen, die zum Ziel hat, daß die WEU und das dann zu reaktivierende Amt für Rüstungskontrolle im Zusammenwirken mit den nationalen Behörden europäische Grundsätze für Waffenlieferungen und Gerät, das zur Herstellung von Waffen in Drittlandstaaten verwendet werden kann, aufstellt.

Herr de Decker beklagt die Ineffizienz der WEU-Koordination bei den Golfoperationen. Auch wir beklagen die politische Uneinigkeit der in der WEU zusammengeschlossenen Staaten. Warum haben die Europäer im Weltsicherheitsrat nicht mit einer Stimme gesprochen? Warum haben sie keinen abgestimmten Standpunkt zu dem sowjetischen Vorschlag eingebracht, den UNO-Generalstabsausschuß gemäß der UNO-Charta zu reaktivieren? Dem irakischen Aggressor muß jetzt das internationale Recht der UNO entgegengestellt werden. Dafür Sorge zu tragen, ist die Aufgabe der WEU, die übrigens in Art. VI des revidierten Brüsseler Vertrages ausdrücklich dazu verpflichtet ist.

Die Zeit der Kanonenbootpolitik ist endgültig vorbei. Nur wenn wir jetzt die **UNO bei ihren friedenssichernden Aufgaben der kollektiven Sicherheit stärken**, können wir eines Tages in anderen Regionen verwirklichen, was wir in Europa mit der KSZE vor kurzem zum Abschluß gebracht haben.

Empfehlung 492

betr. die europäische Sicherheit und die Golfkrise

Die Versammlung,

- (i) unter Hinweis auf ihre Empfehlung Nr. 489;
- (ii) die Festigkeit und Stetigkeit begrüßend, welche die Mitgliedsländer bei ihrer Handlungsweise an den Tag gelegt haben, um dem vom Sicherheitsrat gegen den Irak verhängten Embargo Geltung zu verschaffen mit dem Ziel, die Freilassung sämtlicher vom Irak festgehaltenen Geiseln und die Räumung des gesamten kuwaitischen Territoriums ohne Vorbedingungen zu erreichen;
- (iii) in der Auffassung, daß der Beitrag der WEU zur Dislozierung von Seestreitkräften zwecks Sicherstellung der Einhaltung des Embargos von erheblicher Bedeutung ist und es ermöglicht, daß die Überwachung der von den Vereinten Nationen getroffenen Maßnahmen in zufriedenstellender Weise gewährleistet wird;
- (iv) mit Bedauern feststellend, daß diese Stationierung längere Zeit in Anspruch genommen hat, als wünschenswert gewesen wäre;
- (v) mit Empörung die vielen, vom Irak begangenen Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte verurteilend und insbesondere die Drohung des Einsatzes chemischer Waffen, die Nichteinhaltung der Genfer Konvention von 1949 über die Behandlung von Zivilpersonen auf dem Staatsgebiet eines kriegführenden Landes sowie die Verletzungen der Wiener Konvention von 1961 über den Schutz von Diplomaten;
- (vi) in der Auffassung, daß es noch immer möglich ist, daß Festigkeit, Solidarität, Einigkeit und politische und diplomatische Initiativen der internationalen Völkergemeinschaft den Irak zwingen werden, den Aufforderungen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen Folge zu leisten;
- (vii) unter Hinweis darauf, daß die irakische Aggression gleichzeitig einen direkten Angriff auf die noch immer zerbrechliche neue Weltordnung darstellt, welche zu schaffen man bemüht ist, um sie an die Stelle der Ordnung zu setzen, welche während der gesamten Dauer der Ost-West-Konfrontation geherrscht hat und die auf der Achtung des Völkerrechts, auf Zusammenarbeit und Frieden begründet sein muß;
- (viii) die Tatsache begrüßend, daß die Zwölf anläßlich des Gipfels in Rom am 18. Oktober betont haben, daß die Schaffung einer friedlichen Ordnung im Nahen und Mittleren Osten eine Verständigung erfordert, die über den Rahmen des Konflikts zwischen dem Irak und Kuwait weit hinausgeht;
- (ix) unter Hinweis auf ihre Verurteilung der Unterdrückungsmaßnahmen, die am 8. Oktober von der Polizei in Jerusalem ergriffen wurden, und betonend, daß eine Regelung der Palästinafrage in Übereinstimmung mit allen diese Frage betreffenden Entschließungen des Sicherheitsrates, für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Region unerlässlich ist;
- (x) unter Verurteilung der in Beirut begangenen Verbrechen, nachdem sich General Aoun ergeben hatte, jedoch darauf vertrauend, daß das Ende des Bürgerkriegs in Libanon es ermöglichen wird, die Milizen zu entwaffnen und die Streitkräfte Syriens und Israels aus dem Libanon abzuziehen;
- (xi) unter Hinweis auf die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution 678, die dem Irak eine Frist setzt, sich bis zum 15. Januar 1991 aus Kuwait zurückzuziehen, bevor irgendwelche Maßnahmen der Gewalt gegen dieses Land angewandt werden, und die Tatsache begrüßend, daß Präsident Bush beschlossen hat, diese Frist zu nutzen, um offene Gespräche mit dem Irak zu führen, und daß der Irak diesen Vorschlag angenommen hat.

Empfiehl dem Rat,

1. eine kritische Analyse über die von der WEU durchgeführte Koordination der von den Mitgliedsländern entsandten Streitkräfte zur Sicherstellung der Einhaltung der Entschlüsse des Sicherheitsrates bezüglich der irakischen Aggression gegen Kuwait und der von diesem Land begangenen Verletzungen des Völkerrechts vorzunehmen;
2. den Empfehlungen der Versammlung, mit denen er aufgefordert wird, über die Schaffung einer europäischen Agentur für Beobachtungssatelliten zu entscheiden, unverzüglich Folge zu leisten;
3. die Mitgliedstaaten zu bitten, entsprechend ihren Möglichkeiten entweder Einheiten zu bestimmen oder aufzustellen, die über längere Entfernungen transportiert werden können, um dazu beizutragen, den Frieden wiederherzustellen, u. a. als Reaktion auf das Ersuchen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und diese Einheiten mit Waffen und Gerät auszustatten, die den Erfordernissen derartiger Operationen entsprechen;
4. die Stabschefs der Streitkräfte der Mitgliedsländer der WEU zu beauftragen, ihre Zusammenkünfte und die nachgeordneten Organe fortzusetzen, um die Streitkräfte auf eventuelle koordinierte Operationen vorzubereiten, wobei besonders Folgendes vorzusehen ist:
 - (a) eine Zusammenarbeit im Transportbereich;
 - (b) die Formulierung gemeinsamer Verfahren;
 - (c) der Austausch operationeller Informationen;
 - (d) die Interoperabilität der Ausrüstung und Waffensysteme dieser nationalen Streitkräfte;
 - (e) gemeinsame Übungen;
5. die Reaktivierung der WEU fortzusetzen, u. a. durch die systematische Anwendung von Abs. 3 Artikel VIII des modifizierten Brüsseler Vertrags;
6. sicherzustellen, daß die selektive Freilassung von Geiseln nicht die Entschlossenheit der Mitgliedsländer schwächt, die Freilassung aller Geiseln und die Evakuierung der irakischen Truppen aus Kuwait zu erreichen;
7. den Einfluß, den Europa in der Region hat, dafür zu nutzen, daß nach dem Rückzug der irakischen Streitkräfte aus Kuwait Verhandlungen aufgenommen werden, die der Schaffung einer friedlichen und dauerhaften Ordnung im Mittleren Osten dienen, und insbesondere abzielen auf:
 - (a) ein Abkommen zwischen allen Ländern in der Region, mit dem sie auf den Besitz von ABC-Waffen verzichten und sich dabei einer wirksamen internationalen Kontrolle unterstellen;
 - (b) ein Abkommen zwischen den Ländern der Region und den waffenexportierenden Ländern über die Begrenzung der Rüstung in allen

Ländern der Region und über ein Verbot von Waffenverkäufen in der Region;

- (c) eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage der Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen, die bislang nicht beachtet wurden, und dabei strikte Einhaltung der Bestimmungen von Artikel VI des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen;
- (d) die volle Wiederherstellung der Souveränität des Libanon aufgrund der Auflösung der Milizen und des Abzugs der israelischen und syrischen Streitkräfte vom Territorium des Libanon;
- (e) die Sicherstellung einer regelmäßigen Belieferung des Weltmarkts mit Erdöl;
8. die Europäische Gemeinschaft aufzufordern, den Ländern in der Region, deren Wirtschaft durch die Krise in ernste Schwierigkeiten geraten ist, Hilfe zu leisten;
9. sich um die Assoziierung aller an den militärischen und politischen Anstrengungen beteiligten Staaten und insbesondere der Mitgliedstaaten der WEU an den infolge der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zustandekommenden Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Irak zu bemühen;
10. alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um eine politische Lösung für den Konflikt in Kuwait herbeizuführen und die Etappen für die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens im gesamten Nahen und Mittleren Osten festzulegen, bevor die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gesetzte Frist zur Ermächtigung des Einsatzes von Gewalt ausläuft.

Empfehlung 493

betr. die Folgen der Invasion Kuwaits: Fortführung der Operationen im Golfgebiet

1. Die Versammlung bekräftigt mit Nachdruck, daß die beste friedliche Lösung für den Golf-Konflikt in der Durchführung der diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen und der Durchsetzung der derzeitigen Sanktionen gegen den Irak liegt und empfiehlt dem Rat, sich dafür einzusetzen, daß dieser Grundsatz weiterhin sowohl das Handeln der Mitgliedstaaten als auch das der anderen Verbündeten bestimmt.
2. Die Versammlung verweist auf ihre am 20. September 1990 verabschiedete Empfehlung 488 mit folgendem Wortlaut:

„Die Versammlung billigt die vom Rat unter Hinweis auf Artikel VIII Absatz 3 des modifizierten Brüsseler Vertrags ergriffenen Maßnahmen als Folge auf die Aggression Iraks gegen Kuwait und die Besetzung Kuwaits.“

Die Versammlung begrüßt die Bereitschaft des Rats, die Abstimmung in der WEU im Rahmen der Durchführung der Resolutionen 660, 661, 662, 664 und 665 der Vereinten Nationen vorzunehmen.

Die Versammlung unterstützt den Beschluß des Rates, nicht nur ein Ministerratstreffen einzuberufen, sondern auch eine Ad-hoc-Gruppe einzurichten, die sich mit der Golfkrise befassen soll, und insbesondere den Beschluß, unter der direkten Schirmherrschaft der WEU das erste Treffen der Generalstabschefs der Verteidigungsministerien ihrer Mitgliedstaaten zu veranstalten.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Rat gegenüber Überlegungen über weitere Zusammenarbeit und Koordination auf verschiedenen Ebenen über sämtliche Aspekte der im Golfgebiet durchgeführten Operationen offen bleiben sollte, und empfiehlt daher, die notwendigen Maßnahmen zur Institutionalisierung der Ad-hoc-Gruppe für die Golf-Frage zu ergreifen, die den Auftrag erhält, für die Dauer der derzeitigen Krise zu ergreifende politische Maßnahmen und deren an den aktuellen Ereignissen orientierte Durchführung zu prüfen. Die Versammlung ersucht daher alle Mitgliedstaaten der WEU dringend, der im französischen Verteidigungsministerium eingerichteten Operationsszentrale ein Höchstmaß an Informationen zur Verfügung zu stellen.

Da sie besorgt ist, daß die Dislozierung von Schiffen im Golfgebiet in absehbarer Zeit zu Problemen führen könnte, empfiehlt die Versammlung, unverzüglich auf Regierungsebene weitere Konsultationen zu führen mit dem Ziel, ein gemeinsames Kommando- und Kontrollsystem für die verschiedenen Golfzonen zu schaffen, und empfiehlt darüber hinaus, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um zumindest innerhalb jeder Zone die Einsatzvorschriften abzustimmen und sicherzustellen, daß Erkennungsverfahren (IFF) ordnungsgemäß zwischen allen Luft- und Marineeinheiten abgestimmt werden, damit die Sicherheit befreundeter Streitkräfte gewährleistet wird.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß die WEU durch ihre Mitwirkung (vielleicht in Verbindung mit anderen Behörden) bei der Koordinierung der logistischen Unterstützung, der Verstärkung und des Nachschubs für die Operationen im Golfgebiet eine nützliche Rolle spielen könnte und daß die Mitgliedstaaten der WEU notwendige Mittel für Marine- und Lufttransporte in den Fällen zur Verfügung stellen könnten, wo aus irgendwelchen Gründen keine Kampfeinheiten zur Verfügung stehen, und empfiehlt dem Rat daher, unverzüglich die Möglichkeiten für eine solche Unterstützung zu prüfen.

Die Versammlung bedauert, daß die auf transatlantischer Seite erfolgte Darlegung des WEU-

Beitrags zu den Anstrengungen der Vereinten Nationen, eine Lösung für den Golfkonflikt zu finden, bislang noch keine Auswirkung hatte, und empfiehlt daher dem Rat, unverzüglich ein Verbindungsbüro in Washington einzurichten, über welches die diesbezüglichen Verbindungen zu Nordamerika laufen sollen, und umgehend die amerikanische Regierung zu überzeugen, daß es besonders zum derzeitigen Zeitpunkt möglich und begrüßenswert wäre, in einen direkten Dialog mit der WEU einzutreten. Der Rat sollte alles in seiner Macht Stehende tun, um sicherzustellen, daß die WEU als der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses anerkannt wird."

3. Die Versammlung begrüßt es, daß der Rat es bereits für notwendig gehalten hat, durch seine spezielle Ad-hoc-Gruppe zumindest einen Teil der oben angeführten Empfehlung durchzuführen und daß sich infolgedessen die Zusammenarbeit innerhalb der WEU sowohl in Europa wie auch im Golfgebiet verbessert hat. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die getroffenen Regelungen, um die Bestimmungen des von den Vereinten Nationen verhängten Embargos für den Schiffsverkehr durchzuführen, mittlerweile streng eingehalten werden und spricht dem Rat ihr Lob für die ergriffenen Maßnahmen aus.
4. Die Versammlung ist jetzt der Ansicht, daß zur Abstimmung der Land- und Luftoperationen noch mehr getan werden muß und daß alle WEU-Staaten angemessene Beiträge hierzu leisten sollten; sie empfiehlt daher dem Rat, eine verstärkte Beteiligung der Mitgliedstaaten an der Stationierung defensiver Land- und Lufteinheiten im Golfgebiet zu prüfen und insbesondere Unterstützung in den Bereichen Logistik und medizinische Hilfe zu fordern (der Gedanke eines Lazarett-Schiffs mit einem multinationalen Ärzteteam aus den WEU-Staaten verdient besondere Aufmerksamkeit).
5. In Kenntnis der Tatsache, daß Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich die einzigen WEU-Staaten sind, die Kampfflugzeuge in die Golfregion entsandt haben, und besorgt darüber, ob eine angemessene Luftsicherung der Marineverbände besteht, empfiehlt die Versammlung den Mitgliedern des Rates, die erforderlichen Maßnahmen zur Koordinierung der Luftsicherung zu ergreifen und für alle Streitkräfte der WEU-Staaten eine wirksame Flugabwehr sicherzustellen.
6. Besorgt darüber, daß der Rat der WEU für den Fall zunehmender Spannungen oder einer Eskalation des Konflikts offensichtlich die Rolle der Seestreitkräfte nicht angemessen berücksichtigt hat, empfiehlt die Versammlung, daß nunmehr die erforderlichen politischen Konsultationen stattfinden sollten, um im Falle von Kampfhandlungen die unverzügliche Umsetzung von angemessenen Entscheidungen insbesondere über die Rolle der Seestreitkräfte vornehmen zu können.

7. Davon überzeugt, daß die derzeitige Lage beispielhaft die Notwendigkeit der Schaffung eines Europäischen Konflikt-Verhütungszentrums demonstriert, sowie unter Hinweis auf zwei frühere Empfehlungen, nämlich die Empfehlung 465 (Dok. 1159, Berichterstatter: Herr Fourré) betr. die Bedingungen für die Errichtung einer europäischen WEU-Agentur für die Überwachung durch Satelliten und die Empfehlung 481 (Dok. 1223, Berichterstatter: Lord Newall) betr. die Schaffung eines Europäischen Verifikationszentrums unter der Schirmherrschaft der WEU, empfiehlt die Versammlung dem Rat, auf seinem nächsten Ministertreffen den Beschluß zu fassen, ein solches Zentrum zu errichten, das insbesondere für Krisenmanagement und Verifikation genutzt werden sollte, und dieses Zentrum mit den erforderlichen technischen Mitteln auszustatten (einschließlich des Zugangs zu Beobachtungssatelliten), um ein effizientes Arbeiten des Zentrums zu ermöglichen.
8. Die Versammlung ist der Ansicht, daß selbst wenn sich die derzeitige Krise als ein Ausnahmefall für gemeinsames europäisches Handeln herausstellen sollte, es angemessen ist, unverzüglich bestimmte Lösungen für die Zukunft zu prüfen sowohl innerhalb der Versammlung der WEU wie auch in den nationalen Parlamenten, und empfiehlt dem Rat, die Rolle der WEU sowohl als Forum für eine Abstimmung über Angelegenheiten außerhalb des Vertragsbereiches in Übereinstimmung mit dem modifizierten Brüsseler Vertrag zu unterstreichen wie auch langfristig die Idee der Schaffung abrufbereiter Seestreitkräfte der WEU-Staaten für Operationen außerhalb des Vertragsgebietes und die eventuelle Zusammenfassung geeigneter nationaler luftbeweglicher Truppen in einem Schnellen Eingreifverband Europa.
9. Unter Hinweis darauf, daß besondere Anstrengungen erforderlich sind, um die umfassende Information der Öffentlichkeit über die Gründe für die Anwesenheit der WEU im Golfgebiet zu gewährleisten, empfiehlt die Versammlung dem Rat, mit Hilfe des Generalsekretariats ein abgestimmtes Bild in den Medien und in der öffentlichen Meinung über die Rolle der WEU zu vermitteln; sie empfiehlt auch, daß zum gleichen Zweck die Verbindungen zwischen den für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Stellen in den Verteidigungsministerien der Mitgliedstaaten formelleren Charakter erhalten und ermutigt werden sollten.
10. Davon Kenntnis nehmend, daß Kürzungen der Verteidigungshaushalte in den meisten Mitgliedstaaten zwangsläufig zu einer nichtkoordinierten Überprüfung der Prioritäten in Verteidigungsfragen führen, empfiehlt die Versammlung dem Rat, innerhalb der WEU Konsultationen über die optimale zukünftige Struktur der europäischen Streitkräfte zu führen, und zwar am besten noch bevor weitere Kürzungen in den nationalen Verteidigungshaushalten vorgenommen werden.

Mittwoch, 5. Dezember 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des amerikanischen Unterstaatssekretärs für internationale Sicherheitsfragen, Reginald Bartholomew*)

(Themen: KSZE-Prozeß und Golfkrise als neue Herausforderungen — Schaffung einer neuen internationalen Ordnung — künftige Sicherheitsarchitektur in Europa — Stärkung der transatlantischen Beziehungen — erweiterte europäische Verantwortung in der Sicherheitspolitik — veränderte NATO als zentraler Pfeiler des neuen Sicherheitssystems)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers für Beschaffung im Verteidigungsbereich, Alan Clark

(Themen: Verlauf der Golfkrise — Bedingungen für eine friedliche Lösung der Golfkrise — WEU als Koordinationsforum der westeuropäischen Sicherheitspolitik — multinationale Streitmacht in der Golfregion)

Tagesordnungspunkt:

Die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der WEU

(Drucksache 1246)

Berichterstatter: Abg. Rafael Roman (Spanien)

Empfehlung 494

betr. die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der WEU

- (i) Die Versammlung nimmt mit Genugtuung das in den Medien, in der Öffentlichkeit und in den Parlamentsdebatten gezeigte steigende Interesse an der Rolle der WEU infolge ihrer Aktionen in der Golf-Region nach der Aggression Iraks gegen Kuwait zur Kenntnis.
- (ii) Diese öffentliche Debatte zeigt jedoch auch, daß einem großen Teil der Öffentlichkeit die WEU entweder völlig unbekannt ist oder klischeehafte und falsche Vorstellungen über sie bestehen, wodurch nicht nur in den Mitgliedstaaten, sondern auch auf der anderen Seite des Atlantiks mangelnde Glaubwürdigkeit dieser Organisation entsteht, die nicht mit ihren wachsenden Aktivitäten zu vereinbaren ist.
- (iii) Dagegen ist die Versammlung erfreut darüber, daß sie über die Aktivitäten des Rates besser

*) In Abwesenheit des Unterstaatssekretärs vorgetragen vom amerikanischen Botschafter in Frankreich, Walter F. Curley

informiert wird, insbesondere durch die Informationsschreiben des Generalsekretärs, trotz der Tatsache, daß deren Inhalt den Rat in keiner Weise verpflichten.

- (iv) Die Versammlung stellt mit Interesse fest, daß ab diesem Jahr zahlreiche Communiqués nach Abschluß der Ministerratstreffen und mehrerer Treffen ihrer Organe veröffentlicht wurden. Sie ist der Ansicht, daß der Rat auf diese Weise damit beginnt, die Öffentlichkeit besser zu informieren.
- (v) Die großen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und neue Gefahren, die in Regionen außerhalb Europas entstehen, erfordern jedoch systematischere und kohärentere Anstrengungen, um der Öffentlichkeit die durch den Geänderten Brüsseler Vertrag gegebenen Möglichkeiten zur Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems darzulegen; der Rat kann sich jedoch von diesen Anstrengungen nicht entlasten, indem er sie auf die Mitglieder der Versammlung überträgt.
- (vi) Das Zögern des Rats und der Regierungen der Mitgliedstaaten, bedingt entweder durch die Verknennung der politischen Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit oder durch eine fehlende Verständigung über die zukünftige Rolle der WEU, könnte die derzeit bestehende Unsicherheit in der Öffentlichkeit über die Frage, wie die zukünftige Sicherheit Europas garantiert und gestaltet werden könnte, noch vergrößern.

Die Versammlung empfiehlt daher dem Rat,

1. unverzüglich die Frage der Informationspolitik auf seine Tagesordnung zu setzen in Übereinstimmung mit den von Herrn Pontillon in seiner schriftlichen Frage 285 vorgelegten Vorschlägen, insbesondere im Hinblick auf die Erhöhung der derzeit unzureichenden finanziellen Mittel, die der WEU und ihrer Versammlung in diesem Bereich zur Verfügung stehen;
2. mit der Unterstützung des WEU-Instituts für Sicherheitsfragen eine Kommunikationsstrategie auszuarbeiten, die es ermöglicht, die öffentliche Debatte über europäische Sicherheit zu intensivieren und das Ansehen der WEU in der öffentlichen Meinung zu verbessern, nicht nur in Europa, sondern auch in Nordamerika;
3. die vom Generalsekretär unternommenen Anstrengungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen und zu verstärken und die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, ihre Anstrengungen zu intensivieren mit dem Ziel, der Öffentlichkeit die Mitwirkung der WEU bei der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in Europa zu erläutern;
4. die Versammlung über die ergriffenen Maßnahmen zur Verwirklichung der vorstehenden Ziele zu informieren.

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf betr. die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1991

(Drucksache 1241)

Berichterstatter: Abg. Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(Bundesrepublik Deutschland *)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die Westeuropäische Union gegründet wurde, hatte man die Absicht, dieser Einrichtung auch einen demokratischen Mantel beizugeben, nämlich die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union. Es gehört zu den alten Grundrechten einer Demokratie, daß gerade die gewählten Repräsentanten des Volkes in erster Linie über das Budget zu befinden haben. Die Geschichte der Demokratie ist ohne dieses Grundrecht der Abgeordneten gar nicht erklärlich.

Wenn wir den Bericht lesen und nachdem wir gerade die Einführung gehört haben, stellen wir fest, daß das **Budgetrecht**, das ursprüngliche demokratische Recht, in unserer Versammlung einer gewissen Beschränkung unterworfen ist und daß letzten Endes der Ministerrat die Entscheidungen darüber fällt, wie das Geld verwendet wird, das auch für diese Versammlung zur Verfügung steht. Ich betrachte das als einen an und für sich unhaltbaren Zustand. Ich bin der Meinung, daß die grundlegenden demokratischen Rechte, auch gerade, was das Budget betrifft, erheblich ausgeweitet werden müßten.

Lassen Sie mich zum Budget ein paar ganz kurze Bemerkungen machen: Das Auffällige an diesem Budget — bei der Knappheit der Mittel — ist, daß der größte Teil natürlicherweise dafür ausgegeben werden muß, die Sitzungen, die Kommissionssitzungen durchzuführen, die Verwaltung aufrechtzuerhalten, daß aber für den Bereich, den ich als operativen Bereich bezeichnen möchte, sehr, sehr wenig Geld zur Verfügung steht, diese Summen im Grunde genommen gar nicht der Rede wert sind. Von meinem Vorredner ist gerade gesagt worden, daß die Versammlung der Westeuropäischen Union und das Bündnis selbst mit neuen Aufgaben konfrontiert sind. Wenn das so ist, dann muß man selbstverständlich die **operativen Mittel** erhöhen. Ich will hier nur zwei Beispiele erwähnen:

Wir haben angesichts zweier neuer Mitgliedsländer eine vergrößerte Versammlung, aber bei den operativen Mitteln praktisch keinerlei Veränderungen. Operative Mittel sollen z. B. zur Verfügung stehen, um dem Präsidenten, den Vorsitzenden der Kommissionen, den Berichterstattern die Möglichkeit zu geben, Studienreisen zu machen, Erfahrungen zu sammeln und die Ziele der Westeuropäischen Union auch gegenüber anderen Organisationen zu vertreten. Der

*) In Abwesenheit des Berichterstatters wurde der Haushaltsentwurf vom stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. Tim Rathbone (Großbritannien), vorgestellt.

Mittelansatz hierfür ist gleichgeblieben, obwohl niemand bestreiten kann, daß die Aufgaben wachsen.

Das gleiche gilt für einen Punkt, der uns in der Vergangenheit schon öfter bewegt hat, die **Informationspolitik der Westeuropäischen Union**. Auch hier ist keinerlei Veränderung in den Ansätzen feststellbar. Das heißt, die Informationspolitik der Westeuropäischen Union wird bei einer steigenden Inflationsrate in der Zukunft eher geringer sein, als das in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb möchte ich an den Ministerrat, der, wenn Sie so wollen, letzten Endes unser Herr ist, den Appell richten, in der zukünftigen Planung mehr operative Mittel anzusetzen, mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. Ich glaube, daß wir als Versammlung nur dann den uns zugewachsenen neuen Aufgaben wirklich gerecht werden können.

Niegel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen zunächst die Grüße des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, unseres Kollegen Klejdzinski, überbringen, der leider erkrankt ist. Er hätte diesen Haushaltsentwurf hier sehr gern vorgetragen und hat die gleiche Kritik, die wir heute hier geübt haben, von Anfang an angebracht.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses möchte ich mich den Worten meiner Vorredner anschließen und die Lage vielleicht noch etwas dramatischer darstellen. Es ist eine Tragödie, wie wir hier in dieser Versammlung, insbesondere im Haushaltsausschuß, behandelt werden. Günther Müller hat schon mit Recht gesagt: Das Recht der Demokratie, das wichtigste Recht eines Parlaments ist das **Haushaltsrecht**. Wie aber sieht es hier aus? Ich kann da nur mit den Worten des bayerischen Komikers Karl Valentin sprechen, der einmal gesagt hat: „Wollen haben wir mögen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut.“ So ist die Situation praktisch auch hier: Wir spielen hier mit dem Haushalt quasi Demokratie, aber das alleinige Recht hat der Ministerrat, das Ministerkomitee.

Ich möchte Sie, Herr Präsident, bitten, diesen Dingen in dieser Amtsperiode einmal nachzugehen. Wer ist denn dieses Ministerkomitee? Das sind doch nicht die Minister selbst, die sich um diese Dinge gar nicht kümmern, sondern das sind die Haushaltsbeamten höherer und gehobener Ordnung, die einfach ihren Rechenschieber zücken und sagen: So wird das gemacht! Wir sind also praktisch die Puppen, die hier nach den Oberregierungsräten von Bonn, London, Paris und Rom tanzen. Dafür aber sind wir uns zu schade. Entweder das wird geändert, oder wir hören hier mit diesem Zirkus auf! Das möchte ich klipp und klar sagen. Die strecken uns hier das Geld vor und lassen uns ein bißchen Demokratie spielen. Mehr geben sie uns nicht, und wir hängen dann von diesen Beamten ab. Ich bitte Sie also, ernsthaft mit dem Präsidenten des Ministerrates zu reden, auch mit den anderen Ministern, ihnen zu sagen: „Sie sind selber Parlamentarier; lassen Sie nicht zu, daß hier mit den Rechten der Demokratie so Schindluder getrieben wird!“

Ein zweites. Ich unterstütze das, was Herr Kollege Rathbone sagte: Wenn wir diesen Haushalt jetzt nicht

gebilligt hätten, hätten wir nach der alten Fassung nur ein Zwölftel zur Verfügung und könnten überhaupt keine Arbeit machen. Deswegen schlucken wir jetzt diesen Haushalt, verlangen aber mit Recht, daß sofort ein **Nachtragshaushalt** aufgelegt wird, der unmittelbar nach dieser heutigen Sitzung in die Beratung geht, und daß hierüber mit dem Ministerrat hart verhandelt wird.

Wir wollen das Geld auch nicht zum Fenster hinauswerfen. Günther Müller sagte schon: Für eine operative Arbeit ist sowieso kein Geld vorhanden. Es reicht allenfalls, daß wir unser Personal bezahlen können. Insbesondere müssen in diesen Räumen hier auch angemessene Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Und wenn wir politisch wollen, daß neue Mitglieder aufgenommen werden – ich bin dem Kollegen Diaz aus Spanien dankbar, daß er als erster gesprochen hat –, sollten wir auch die Möglichkeit eröffnen, diese neuen Mitglieder entsprechend berücksichtigen zu können.

Ein Wort sagen muß ich auch zu unseren Mitarbeitern in diesem Hause. Ich möchte ihnen für die Arbeit, die sie leisten, danken. Wir sollten – und da spreche ich den Clerk an – die Positionen aber auch gerecht verteilen, damit nicht einige Länder viele **Mitarbeiter stellen** und andere fast keine. Wir sollten dabei die Anteile der Mitgliedsländer auch bei den Stellen für das Personal berücksichtigen. Weiterhin möchte ich sagen, daß es da unterschiedliche Handhabungen gibt. Einige sind sehr hoch besoldet, andere sehr niedrig. Auch da sollte ein gerechter Ausgleich vorgenommen werden, so daß nicht Mitarbeiter, die schon sehr lange hier sind, immer noch in der Anfangsstufe des höheren Dienstes arbeiten müssen und andere, die als Seiteneinsteiger kommen, bereits als junge Leute in A 4 eingestellt werden. Nichts gegen die neuen Mitglieder, aber wenn hier neue Kräfte eingestellt werden, sollten sie sich entsprechend in die gegebene Rangordnung einordnen.

Zusammenfassend möchte ich nochmals an das Ministerkomitee appellieren, an die Minister, möchte sie selbst als Parlamentskollegen ansprechen, die doch ein solches Haushaltsgebaren in ihrem Lande keinesfalls für sich gelten lassen wollen.

Wir sollten auch einen Dank an unsere Kollegen aussprechen für die Arbeit, die hier geleistet wurde.

Abschließend möchte ich sagen: Dies ist meine letzte Rede in diesem Hohen Hause. Nach 22 Jahren aktiver Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und auch in einer Reihe von internationalen Organisationen scheidet ich aus dem Bundestag aus. Ich möchte mich bei allen Kollegen und bei den Mitarbeitern dieses Hauses für die Kollegialität und Unterstützung herzlich bedanken. Ich wünsche der Versammlung viel Erfolg, wünsche ihr vor allem, daß sie ihre Ziele erfüllt, nämlich daß sie das Parlament der europäischen Sicherheit ist.

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt:

**Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben
der Versammlung für das Haushaltsjahr 1989
— Bericht des Rechnungsprüfers und
Antrag auf Entlastung**

(Drucksache 1236)

Berichterstatter: Abg. Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(Bundesrepublik Deutschland) *)

**Mittwoch, 5. Dezember 1990 und
Donnerstag, 6. Dezember 1990**

Tagesordnungspunkt:

**Die Folgen der Entwicklungen in Mittel- und
Osteuropa für die europäische Sicherheit**

(Drucksache 1255 und Addendum)

Berichterstatter: Abg. Georges Lemoine (Frankreich)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ihnen jetzt zur Diskussion und Abstimmung vorliegende Bericht hat — wenn ich es so sagen darf — eine schwere Geburt hinter sich, und die Spuren dieser schweren Geburt sind dem Bericht auch heute noch anzusehen. Nach einer ersten, sehr eingehenden Diskussion hatte der Ausschuß den Berichterstatter gebeten, einen Empfehlungsteil für diesen Bericht zu formulieren, den wir in der vorletzten Sitzung unseres Ausschusses erörtern wollten. Diese Erörterung konnte nicht stattfinden, weil der Berichterstatter verhindert war, an dieser Sitzung teilzunehmen. Wir haben dann kurzfristig eine weitere Sitzung des Ausschusses einberufen, die im Rahmen der Sitzungen des Europarates vor zehn oder 14 Tagen stattfinden sollte. Aber leider konnte das notwendige Quorum für diese Sitzung nicht erreicht werden. Es waren nur wenige Kollegen anwesend, weil mehrere Delegationen kurzfristig in ihre Hauptstädte reisen mußten.

In einem informellen Gespräch mit dem Berichterstatter kamen die anwesenden — und wie gesagt: nicht beschlußfähigen — Mitglieder des Ausschusses zu dem Ergebnis, der Versammlung nur einen sehr kurzen und sehr kursorischen Bericht vorlegen zu sollen, der gestern früh im Ausschuß beraten werden und der die Grundlage für eine Diskussion dieses wichtigen Themas hier im Plenum bilden sollte. Aber leider konnte auch gestern früh unser Berichterstatter nicht anwesend sein, weil er durch Verkehrsprobleme aufgehalten wurde.

Deshalb hat der Ausschuß gestern morgen einstimmig beschlossen, den Bericht Ihnen heute unverändert in seiner kursorischen und sehr kurzen Fassung vorzulegen.

*) In Abwesenheit des Berichterstatters wurde der Jahresabschlußbericht vom stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. Tim Rathbone (Großbritannien), vorgelesen.

gen. Er hat mich als Vorsitzenden des Ausschusses gebeten, dies zu tun.

Zugleich aber haben wir uns dahin verständigt, daß einige Kollegen, die wir aus der Mitte des Ausschusses und aus den darin vertretenen politischen Gruppen bestimmt haben, gebeten werden sollten, über eine Ergänzung dieses kursorischen Berichts nachzudenken und Änderungsanträge vorzulegen. Das ist geschehen. Ihnen liegen acht Änderungsanträge vor. Wir sollten diese Änderungsanträge in die heutige Diskussion miteinbeziehen, jedenfalls ihren Inhalt mit zum Gegenstand unserer Debatte machen.

Mir erscheint es in der gegenwärtigen Situation in Europa unabweisbar, daß diese Versammlung, die als einziges parlamentarisches Gremium den Standpunkt Europas zu Fragen der Verteidigung und Abrüstung formulieren kann, jetzt zu diesen lebenswichtigen Fragen Stellung nimmt.

Die Organisation des Warschauer Paktes besteht zwar formell noch fort, ist aber materiell hinfällig geworden. Bei der NATO ist es nicht dasselbe. Aber auch die NATO denkt zu Recht über eine Änderung ihrer Konzeptionen und auch ihres Auftrages nach.

Wir meinen, es ist unbedingt erforderlich, daß diese Überlegungen auch in die Meinung dieser Versammlung einfließen. Daher wäre ich Ihnen, Herr Präsident und liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr dankbar, wenn wir diese Meinung heute hier formulieren könnten.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich auf einen Teil des Berichtes eingehen, der uns alle erfreut und der ein außerordentlich positiver ist. Er beschreibt die Entwicklung, wie sie im vergangenen Jahr in Zentral-europa stattgefunden hat. Wenn wir ehrlich sind, hätte noch vor zwei oder drei Jahren niemand erwartet, daß es so kommen würde. Ich meine damit die **Entwicklung der deutschen Frage**. Die deutsche Frage, die so lange im Zentrum des Konfliktfeldes der Ost-West-Spannungen in Europa stand, wurde endgültig gelöst. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie wir im Frühjahr dieses Jahres bei einer Sitzung des Politischen Ausschusses der Versammlung über die Frage diskutiert haben, ob es in Deutschland zwei verschiedene Armeen geben könne. Keiner konnte ahnen, wie schnell die Entwicklung vorangehen würde, daß es nur eine Armee in einem souveränen Deutschland geben würde und daß z. B. eine Einheit der Bundesluftwaffe das modernste Fluggerät der Sowjetunion, die MiG 29, fliegen würde. Wer so etwas vor einem Jahr vorausgesagt hätte, wäre wahrscheinlich als ein Mensch betrachtet worden, der unheilvollen Utopien nachjagt, kein Realist ist.

Aber wir sehen an diesem Beispiel, wie die Geschichte immer wieder zu Sensationen neigen kann. Und wir sind alle zufrieden mit dieser Entwicklung. Wir sind zufrieden — das möchte ich als deutscher Abgeordneter unterstreichen —, daß diese Entwicklung möglich war, daß **das souveräne Deutschland nach wie vor Mitglied des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union** ist, daß das Gebiet des Vertrages der Westeuropäischen Union auf die fünf neuen Bundesländer, die frühere DDR, ausgedehnt

wurde. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit; denn es gab viele Kräfte, auch in meinem eigenen Lande, die lange Zeit gesagt haben: Ein wiedervereinigtes Deutschland wird nur möglich sein, wenn es aus den westlichen Verteidigungssystemen ausscheidet, wenn es einen neutralen Kurs zwischen den Blöcken geht. Genau das ist nicht eingetroffen. Aber gerade das ist wichtig für die Stabilität hier in Europa, denn ein neutrales Deutschland, sozusagen zwischen den Blöcken, wäre nicht die Lösung der deutschen Frage gewesen, sondern hätte für die Zukunft einen Unsicherheitsfaktor dargestellt.

Das **Zwei-plus-Vier-Abkommen** hat auch deutlich gemacht — das möchte ich gerade im Rahmen der WEU unterstreichen, weil wir entsprechende Verpflichtungen auch gegenüber der WEU übernommen haben —, daß das wiedervereinigte Deutschland keine Atomwaffen, keine biologischen, keine chemischen Waffen herstellen oder über sie verfügen wird. Auch das ist ein wichtiger Faktor der Stabilität.

Wir werden im Rahmen des KSE-Prozesses die Truppenstärke der Armee, der Luftwaffe und der Marine in Deutschland bis zum Jahre 1994 auf 370 000 Mann beschränken. Und wir werden — auch das ist ein Punkt, der immer noch einen gewissen Unsicherheitsfaktor darstellt — erleben, daß bis 1994 die Einheiten der Roten Armee, die heute noch auf den Territorien der fünf neuen Bundesländer stationiert sind — es handelt sich hier um etwa 390 000 Mann — abziehen werden. Wir verkennen dabei nicht die großen Probleme, die die Sowjetunion mit diesen Truppen in den fünf neuen Bundesländern hat. Sie abziehen, ist für sie nicht einfach, weil sie nicht weiß, wo sie sie unterbringen soll. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bereit erklärt, 13 Milliarden DM zur Verfügung zu stellen, um für diese Truppen entsprechende Unterkünfte auf dem Gebiet der Sowjetunion zu bauen, damit die Truppen auch wirklich abziehen können.

Ich bin übrigens der Meinung — und möchte damit nicht zurückhalten —, daß es möglich sein könnte, daß diese Truppen noch vor 1994 abgezogen werden; denn die Lage der Einheiten der Roten Armee auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer ist eine sehr schwierige. Die Soldaten sind schlecht bezahlt, die Disziplin verfällt. Daß die verfallende Disziplin und die schlechte Bezahlung der Soldaten der Roten Armee dazu führen, daß sich ein umfangreicher Schwarzhandel mit Waffen aus den Beständen der Roten Armee dort entwickelt hat, ist kein Faktor, der dazu beiträgt, mehr Sicherheit in Europa zu schaffen.

Wir haben in dem Zwei-plus-Vier-Abkommen auch die **Frage der deutschen Grenzen** geklärt. Zwischen Polen und Deutschland wird ein Vertrag geschlossen. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auch unter den Aspekten der Sicherheit in der Zukunft darauf hinweisen, daß ein solcher Vertrag nicht ein Grenzvertrag allein sein kann, sondern ein Vertrag sein muß, in dem die **Frage der Minderheitenrechte auf dem Gebiet der Republik Polen** geklärt wird.

Hier hat sich in den letzten zwei Jahren eine interessante Entwicklung ergeben. Beim Besuch eines Ausschusses des Europarates im Dezember 1989 in War-

schau lag ein offizielles Papier der polnischen Regierung vor, in dem davon gesprochen wurde, daß es bei 39 Millionen Einwohnern in Polen nur 0,9 % Minderheitenanteil an der Bevölkerung gebe, womit nicht etwa nur die deutsche Minderheit gemeint war, sondern auch diejenigen der Litauer, Weißrussen, Ukrainer, Ruthenen und anderer. Wir wissen alle, daß diese Zahlen nicht korrekt waren und sind. Man hat das Minderheitenproblem in Polen immer verdrängt. Für eine Stabilitätspolitik ist entscheidend — ich möchte das ausdrücklich sagen —, Minderheiten in einem Nationalstaat entsprechende Rechte zu geben. Wir wollen doch, daß diese Minderheiten dort bleiben, daß sie nicht abwandern. Wir wollen, daß auch diese Minderheiten ihren Beitrag zum Aufbau eines demokratischen Polen leisten können. Eine wichtige Voraussetzung ist — ich sage es noch einmal — eine vertragliche Regelung.

Wenn ich von **Minderheiten** spreche, wird klar, daß wir dieses Problem nicht nur in Zentraleuropa haben, sondern noch viel stärker **in Südosteuropa**. Wenn Sie die Verhältnisse in Rumänien oder Jugoslawien kennen, dann wissen Sie, daß dort ein Pulverfaß von Nationalitätenkonflikten besteht, das jeden Tag explodieren kann. Ich war sehr negativ beeindruckt von Kundgebungen anlässlich des Nationalfeiertages in Rumänien vor wenigen Tagen, wo von der Menge, die dort demonstriert hat, sehr nationalistische Parolen gerufen wurden. Das betrifft sowohl die Moldawier, die heute noch zur Sowjetunion gehören als auch die ungarische Minderheit in Rumänien. Hinzu kommen andere Minderheiten, z. B. Millionen Zigeuner in Rumänien. Wir kennen das Minderheitenproblem und nationalistische Parolen auch in Bulgarien. Und wir kennen selbstverständlich die großen **Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien**. Das führt immer wieder zu der Vermutung, daß dort ein Militärputsch oder etwas ähnliches stattfinden könnte, um die Einheit des Vielvölkerstaates überhaupt erhalten zu können.

All dies, meine sehr verehrten Kollegen, sind Anzeichen dafür, daß mit der Lösung der deutschen Frage natürlich nicht alle Konflikte in Europa gelöst sind, daß ständig neue Konflikte ausbrechen können. Unsere größte **Sorge** ist — das geht auch aus Änderungsanträgen hervor, die hier eingereicht worden sind —, daß gerade der große **Vielvölkerstaat Sowjetunion in eine akute Krise geraten könnte**, die letzten Endes zu Bürgerkrieg, wirtschaftlichem Chaos oder was immer führen könnte. Eine solche Entwicklung hätte ernsthafte Auswirkungen auf die Sicherheit Westeuropas — darüber gibt es gar keinen Zweifel —, weil mit wirtschaftlichem Chaos oder Bürgerkrieg eine Flüchtlingswelle in Millionengröße aus dem Gebiet der Sowjetunion nach Westen verbunden wäre. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine solche Entwicklung unmittelbare Rückwirkungen natürlich auch auf die Mitgliedstaaten der WEU und der NATO haben könnte.

Ich bedauere diese nationalistischen Parolen, die es in Ost- und Südosteuropa gibt. Ich bedauere — der Kollege Puig hat es schon erwähnt —, daß neue populistische Parolen mit rassistischem Charakter, etwa antisemitische Parolen, hier eine Rolle spielen, weil dies

alles nicht zur Stabilität in Europa, sondern zur Instabilität beiträgt.

Ich kann nur hoffen, daß wir, nachdem die deutsche Frage gelöst ist, auch mit den anderen Fragen einigermaßen zu Rande kommen.

Bei einer der letzten internationalen Konferenzen hat ein russischer Sozialist folgendes Bonmot gebracht: Die deutsche Frage ist gelöst, jetzt ist die russische Frage auf der Tagesordnung. Ich möchte dieses Bonmot unkommentiert stehen lassen, aber in diesem Bonmot ist natürlich ein richtiger Kern. Wir wissen, daß die **Nationalitätenkonflikte in Ost- und Südosteuropa eine Hypothek für die Zukunft** sind, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Das bedeutet, daß gerade die Staaten der westlichen Wertegemeinschaft, die sich unter Sicherheitsaspekten in der WEU zusammengefunden haben, mit großer Aufmerksamkeit und großem Engagement die Entwicklung in Ost- und Südosteuropa in den nächsten Jahren werden beobachten und alles werden tun müssen, um dort friedensstiftend, vielleicht auch Hungersnöte lindernd zu wirken, damit Europa auch für das nächste Jahrhundert Frieden als Zukunftsperspektive hat.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Als Vorsitzender des Ausschusses und zugleich als Berichterstatter darf ich mich bei den Kollegen, die zu diesem Bericht das Wort genommen haben, sehr herzlich bedanken, vor allem auch dafür, daß sie diesen nur sehr kursorischen Bericht so gnädig aufgenommen haben.

Durch alle Wortbeiträge zog sich der Gedanke, daß sich die Gefahrenlage Europas geändert hat, die bis vor kurzem durch den Gegensatz zwischen Ost und West, durch unterschiedliche Systeme und durch zwei gegeneinander rüstende Militärpakte gekennzeichnet war. Heute erwächst die Unsicherheit für Europa aus anderen, verschiedenartigen Quellen.

Ich will nicht auf alle Kolleginnen und Kollegen einzeln eingehen, die gesprochen haben. Alle haben darauf hingewiesen, daß **in den Ländern Mittel- und Osteuropas** heute eine sehr große **wirtschaftliche Notlage** besteht, daß es unheimlich große und uns gar nicht mehr geläufige **soziale Spannungen** gibt, und wir könnten eigentlich noch hinzufügen, daß es **ökologische Probleme** in einem Ausmaß gibt, wie wir sie zum Glück auch nicht kennen.

Aus all diesen Unsicherheiten ökonomischer und sozialer Art erwächst politischer Sprengstoff. Es ist sicherlich nicht zuviel gesagt, wenn man manche dieser Staaten heute als ein Pulverfaß bezeichnet, bei dem unter Umständen ein Funke genügen könnte, es zur Explosion zu bringen.

Denken Sie bitte daran, daß in der Sowjetunion 13 000 Soldaten der Roten Armee, die in der früheren DDR stationiert waren, heute im Winter in Zelten leben müssen. Schon das allein könnte zu einer Bewegung führen, die die Streitkräfte der Sowjetunion zu Maßnahmen zwingen könnte, die leicht außer Kontrolle geraten könnten. Das ist nur einer dieser möglichen Zündfunken.

Ein zweites Unsicherheitsmoment wurde ebenfalls wiederholt angesprochen: Der Wegfall des kommunistischen Unterdrückungssystems hat dazu geführt,

daß **nationalistische Strömungen** stärker geworden sind. Wir sehen das nicht nur in der Sowjetunion, wir sehen das auch in anderen Ländern, und ich sage ganz offen: Auch in meinem Land, jedenfalls in einigen Teilen, wird heute nationalistischer gedacht und gesprochen als vor einem oder zwei Jahren. Wir müssen das sehr aufmerksam beobachten.

Was können wir nun tun? Eine Forderung, die erhoben worden ist, unterstütze ich nachdrücklich. Wir brauchen ein Ost und West umfassendes System, und wir brauchen dabei — auch das ist in der Debatte unbestritten geblieben — die Beteiligung der USA und Kanadas. Nur die USA und Kanada haben uns diesen „Frieden“, diesen Nichtkrieg der letzten Jahrzehnte bewahrt. Wir werden sie auch weiterhin als Garanten für einen Frieden in Europa brauchen. Und wir müssen — auch das ist gesagt worden — offener miteinander reden, nicht übereinander, sondern miteinander.

Wir werden auch ein **neues Minderheitenrecht schaffen** müssen, wofür sicherlich nicht die Westeuropäische Union, sondern der Europarat das berufene Gremium ist. Wenn wir davon ausgehen, daß alle Grenzen in Europa unverändert bleiben, auch die, die sinnwidrig erscheinen, selbst die, die unter Verletzung von Völkerrecht und unter Verletzung der Menschenrechte zustandegekommen sind, dann werden wir in naher Zukunft in fast allen europäischen Staaten Minderheitsprobleme haben.

Wir brauchen deshalb einen starken Minderheitenschutz. Wenn wir ihn nicht bekommen, wenn die Minderheiten in ihrem Lande, in dem sie leben müssen, nicht zu ihrem Recht kommen, sich nicht frei entfalten können, wie es ihrer Art entspricht, werden wir unausweichlich Bestrebungen erleben, die Änderungen der Grenzen anstreben und damit zu internationalen Spannungen führen.

Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber ich glaube mich zu erinnern, daß es Margaret Thatcher war, die gesagt hat: Eis ist am gefährlichsten, wenn es schmilzt. Ich glaube, sie hat recht. Wir werden auf diese neuen Unsicherheitsfaktoren in Europa sehr genau achten müssen.

Sir Geoffrey hat auf eine weitere Gefährdung hingewiesen: auf die **Gefahr weiterer Binnenwanderungen in Europa von Ost nach West**. Ich habe vor kurzem in einer sowjetischen Quelle gelesen, daß es dann, wenn die Perestroika nicht gelingen sollte und es zu einem Rollback innerhalb der Sowjetunion kommen wird, daß dann etwa 23 Millionen Menschen aus diesem Land in den Westen kommen. Stellen Sie sich vor, was das für uns bedeuten würde! Das wäre das Chaos.

Sie können in allen Ihren Ländern feststellen, daß es dort, wo Ausländer massiert sind, wo sie unter Umständen stärker als die einheimische Bevölkerung werden, sehr stark zu nationalistischen Tendenzen kommt, zu nationalistischen Parteigründungen und Bürgerinitiativen. Das ist unausweichlich. Wir müssen also versuchen, die Menschen im Osten zu halten.

Deshalb ist es so wichtig, den Ländern Mittel- und Osteuropas über diesen Winter zu helfen. Es ist eine wahrhaft schwierige Aufgabe, in Ländern, in denen

die Versorgung zusammenbricht, durch Spenden den Hunger zu beseitigen. Trotzdem dürfen wir, glaube ich, nichts unversucht lassen. Ich bin meiner Regierung dankbar, daß sie zum Beispiel die **Reserven**, die in **West-Berlin** für den Fall einer erneuten Blockade angesammelt wurden, heute in die Sowjetunion bringt. Ich meine, wir alle sollten darüber nachdenken, ob wir nicht in unseren Ländern Möglichkeiten finden, einen ähnlichen Weg zu gehen.

Es ist in vielen Beiträgen darauf hingewiesen worden, daß Europa, nachdem der Ost-West-Gegensatz weggefallen ist, seine Rolle in der Welt neu wird definieren müssen, daß es seine Rolle dann stärker wird spielen müssen als bisher. Das Bild der Welt ist auch heute noch weithin europäisch geprägt. Die Staaten Europas tragen auch heute noch Verantwortung für diese Welt. Viele der Spannungen in der Welt sind Ergebnisse einer europäischen Politik. Wenn wir heute über Kuwait gesprochen haben, dann wissen wir alle, daß auch die Grenzziehungen dort nicht unbedingt die glücklichsten gewesen sind, aber auch sie sind Ergebnisse einer europäischen Politik.

Diese Verantwortung in der Welt müssen wir ernst nehmen. Wir werden nur dann auf die Dauer bestehen und mit den Gefährdungen von außen fertig werden können, wenn wir unsere Verantwortung weiter ausdehnen und nicht nur unseren Kontinent sehen, selbst wenn dieser jetzt so weit geworden ist.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich in den letzten Monaten sehr oft in dem Teil Deutschlands aufgehalten, der kommunistisch regiert worden ist. Was mich dort am meisten bedrückt, ist nicht der Rückstand an Infrastruktur und die Armut, die einem dort entgegentritt. Am schlimmsten sind die Veränderungen in der Mentalität der Menschen. Von Menschen, die in einem System gelebt haben, in dem es gefährlich war, eigene Gedanken zu haben, in dem Privatinitiative verdächtig machte, kann ich nicht erwarten, daß sie heute sofort mit vollen Kräften in die Marktwirtschaft springen. Wir werden Geduld haben müssen und werden sehr viel Phantasie brauchen, um den großen Unterschied, der zwischen den Menschen heute noch in Europa besteht, obwohl das kommunistische System zusammengebrochen ist, zu überwinden. Nur dann wird Europa Frieden finden.

Empfehlung 495

betr. die Folgen der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa für die europäische Sicherheit

Die Versammlung,

- i) die Annahme der Pariser Charta für ein neues Europa durch 34 Länder und die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Begrenzung der konventionellen Rüstung begrüßend;
- ii) das Ende der Spaltung Europas und der Ost-West-Konfrontation und die Fortschritte in Richtung auf Demokratisierung und Liberalisierung in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern begrüßend;

- iii) trotzdem besorgt über die alarmierende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Osteuropa im Hinblick auf deren mögliche unvorhersehbare Auswirkungen;
- iv) unter Hinweis auf Artikel I des Geänderten Brüsseler Vertrags, in dem sich die Mitgliedstaaten der WEU verpflichtet haben, den wirtschaftlichen Aufschwung Europas zu fördern;
- v) daran erinnernd, daß die Verwirklichung der im Sicherheitskorb der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Grundsätze eine wesentliche Voraussetzung für die Förderung des gesamten KSZE-Prozesses ist;
- vi) darauf hinweisend, daß die europäische Sicherheit gefährdet würde, falls in Osteuropa Bereiche der Instabilität entstehen würden;
- vii) in Anbetracht dessen, daß die Stärkung und Institutionalisierung des KSZE-Prozesses den Völkern Osteuropas neue Aussichten eröffnen und verbesserte Sicherheit auf der Grundlage eines verstärkten Systems der gesamteuropäischen Zusammenarbeit bieten;
- viii) in Anbetracht dessen, daß die verstärkte KSZE ab sofort als Hauptforum für die Fortschreibung von Abrüstung und Rüstungsbegrenzung genutzt werden sollte;
- ix) mit Freude darüber, daß die abschließende Regelung der deutschen Frage es ermöglicht hat, Deutschland als Ganzes in das Atlantische Bündnis zu integrieren, wodurch Stabilität und Sicherheit in Mitteleuropa verstärkt werden;
- x) in Anbetracht dessen, daß die Verpflichtung Deutschlands in Bezug auf die Anerkennung seiner derzeitigen Grenzen mit Polen, seine Bestätigung des Verzichts von ABC-Waffen und die für seine Streitkräftestärke festgelegten Begrenzungen beispielhafte Maßnahmen sind, die dazu geeignet sind, das Vertrauen aller europäischen Staaten zu verstärken;
- xi) mit Genugtuung darüber, daß die an der KSZE beteiligten Staaten die Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums beschlossen haben, das ihrer Auffassung nach einen ersten Schritt in Richtung auf die Schaffung eines echten politischen Instruments zur Beilegung eventuell zwischen ihnen entstehender Streitigkeiten darstellt;
- xii) die ergriffenen Maßnahmen zur Schaffung einer europäischen Versammlung auf der Grundlage der Parlamentarischen Versammlung des Europarates unterstützend, welche dem KSZE-Prozeß in Übereinstimmung mit dem diesbezüglichen Beschluß des Pariser Gipfels eine parlamentarische Dimension geben würde, und unter Hinweis auf ihre Verantwortlichkeiten in allen im Geänderten Brüsseler Vertrag erfaßten Bereichen;
- xiii) unter Hinweis darauf, daß die WEU eine besondere Verantwortung besitzt in Bezug auf die Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitskonzepts, basierend auf der Doktrin der

Hinlänglichkeit und unter Berücksichtigung der Situation, die nach der Unterzeichnung des Vertrags über konventionelle Abrüstung bestehen wird;

- xiv) in Anbetracht der Aufrechterhaltung amerikanischer und kanadischer Streitkräfte in Europa als wesentlichem Faktor für die Gewährleistung der zukünftigen Sicherheit Europas in einer neuen Umgebung;
- xv) in der Auffassung, daß der vorliegende Bericht angesichts der bevorstehenden Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der Zwölf in Rom nur vorläufige Schlußfolgerungen beinhalten kann;

empfiehlt dem Rat,

1. auf dem Gipfeltreffen in Rom sicherzustellen, daß die Erfordernisse der europäischen Sicherheit in der neuen Situation garantiert werden;
2. eine aktive Rolle beim Aufbau eines gesamteuropäischen Systems der Zusammenarbeit zu übernehmen und diesem nützliche Anstöße zu verleihen, basierend auf den von den Mitgliedstaaten im Rahmen der WEU, der EG und des Atlantischen Bündnisses festgelegten Strukturen der Zusammenarbeit;
3. die Durchführung der von der KSZE getroffenen Entscheidungen zu fördern, indem er insbesondere
 - i) sicherstellt, daß das Konfliktverhütungszentrum seine Aufgaben unter optimalen Bedingungen wahrnimmt;
 - ii) der Überwachung der Abrüstungsvereinbarungen starke Impulse verleiht, u. a. durch die Einrichtung eines Zentrums zur Verarbeitung der durch Aufklärungssatelliten ermittelten Daten, und die beteiligten Länder über die Ergebnisse informiert;
4. den Anstrengungen der Europäischen Gemeinschaft, die Unterstützung für die Wirtschaften der betroffenen Staaten zu organisieren und zu koordinieren, starke Anstöße zu verleihen;
5. der KSZE die Fortsetzung der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa vorzuschlagen sowie sich nach der Helsinki-Konferenz für weitere Abrüstungsstufen einzusetzen und die Stabilität in Europa sicherzustellen;
6. in Übereinstimmung mit dem modifizierten Brüsseler Vertrag aus militärischer Sicht die Folgen der verminderten Bedrohung in Mitteleuropa nach dem schrittweisen Abzug der sowjetischen Truppen zu untersuchen und als Vorbereitung für eine Prüfung innerhalb des Atlantischen Bündnisses ein neues Konzept für die Stationierung alliierter Streitkräfte in Europa auszuarbeiten;
7. die Versammlung über den Fortschritt der Verhandlungen, die die Struktur Westeuropas und die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa betreffen, auf dem laufenden zu halten;

8. seiner in Brüssel zum Ausdruck gebrachten Absicht nachzukommen und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Sicherheitsangelegenheiten zu verstärken, um damit den Weg zu bereiten für eine zukünftige Europäische Union, mit der die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) und die WEU assoziiert sind;
9. seine Anstrengungen fortzusetzen, um zu gewährleisten, daß derzeitige Überlegungen über die Schaffung multinationaler Streitkräfte in den Kontext einer europäischen Sicherheitsdimension gestellt werden;
10. unter angemessener Berücksichtigung der speziellen europäischen Sicherheitsinteressen eine europäische Position für die Revision der Strategie des Atlantischen Bündnisses auszuarbeiten mit dem Ziel, Europas Sicherheit in einer neuen Umgebung zu wahren;
11. Mittel zu entwickeln, um schneller und effizienter allen möglichen Gefahren, die außerhalb des Vertragsbereiches entstehen können, zu begegnen;
12. die Zweckdienlichkeit regelmäßiger Treffen der Stabschefs der Verteidigungsministerien der Mitgliedstaaten der WEU zu prüfen;
13. die Rolle der Abschreckung in dem neuen europäischen Sicherheitskontext zu überprüfen;
14. den Beschluß zu fassen, eine satellitengestützte Beobachtungsagentur zu errichten.

Donnerstag, 6. Dezember 1990

Tagesordnungspunkt:

KONVERSIYA — die Konversion der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion

(Drucksache 1249)

Berichterstatter: Abg. Nicolas Tummers
(Niederlande)

Empfehlung 496

betr. KONVERSIYA — die Konversion der sowjetischen Rüstungsindustrie

Die Versammlung

- (i) im Bewußtsein der weitreichenden derzeit in der UdSSR stattfindenden Veränderungen, insbesondere seit dem Abkommen von Reykjavik;
- (ii) davon überzeugt, daß die derzeit von der Sowjetunion im Verteidigungsbereich vertretene Doktrin der angemessenen Hinlänglichkeit direkte Auswirkungen auf die militärische Produktion haben wird;
- (iii) im Bewußtsein, daß der INF-Vertrag und das bevorstehende Abkommen über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) die quantitative

- Nachfrage nach militärischem Gerät weiter reduzieren werden;
- (iv) die Auffassung vertretend, daß die Sowjetunion mit Hilfe der Konversion ernsthafte Bemühungen unternimmt, um die auf diese Weise freigesetzten menschlichen und materiellen Ressourcen für zivile Zwecke zu nutzen;
- (v) im Bewußtsein, daß die sowjetischen Behörden die Konversion als eine wichtige Möglichkeit zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung betrachten;
- (vi) unter Hinweis darauf, daß die Präambel des Brüsseler Vertrags auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bande als Mittel zur Festigung und Erhaltung der Grundsätze der Demokratie und der persönlichen und politischen Freiheit hinweist;
- (vii) in der Erkenntnis, daß es noch zu früh ist, die vollen Auswirkungen der derzeit in der Sowjetunion eingeleiteten wirtschaftlichen und politischen Reformen zu beurteilen;
- (viii) in der Überzeugung, daß nach der Überwindung der Ära des Kalten Kriegs die Festigung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bande zwischen den Staaten Westeuropas und der Sowjetunion einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit in ganz Europa leisten können;
- (ix) in Anerkennung dessen, daß in nächster Zeit ein direkter Austausch zwischen Unternehmen, Experten und Politikern von entscheidender Bedeutung für die Umwandlung der sowjetischen Industrie in eine Marktwirtschaft sein wird;
- (x) sich dessen bewußt, daß trotz bestehender Ungewißheiten sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch Frankreich kürzlich bilaterale Abkommen mit der Sowjetunion über Partnerschaft und Zusammenarbeit abgeschlossen haben;
- empfiehlt dem Rat,
1. die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, die Erweiterung des bestehenden und die Schaffung neuer Austauschprogramme zu fördern, die sowohl sowjetischen wie auch westeuropäischen Experten die Möglichkeit geben, mehr über die gegenseitigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme zu erfahren;
 2. jene Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, die dies noch nicht getan haben, offizielle bilaterale Abkommen über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit abzuschließen, basierend auf den neuen Strukturen der internationalen Beziehungen in Europa, und sich dabei von den beiden kürzlich von Mitgliedstaaten der WEU geschlossenen Übereinkommen anregen zu lassen;
 3. einen Sonderausschuß einzurichten, dem Experten der nationalen Verwaltungen angehören, die beauftragt werden, die Probleme der Konversion zu untersuchen und Erfahrungen und Ratschläge mit ihren Amtskollegen in der Sowjetunion auszutauschen.

